

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition:  
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3290

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Nr. 76.

Danzig, den 17. September 1913.

4. Jahrgang.

## Die Sparbüchse.

Am 9. August d. J. schätzte das größte deutsche Handelsblatt, die Frankfurter Zeitung, die Kapitalanlagen des österreichischen Kohlenhändlers und Kohlenindustriellen Pelschek in mitteldeutschen Braunkohlenaktien auf „noch über 20 Millionen Mark“. Das Berliner Tageblatt sprach am 15. August schon davon, daß Pelschek geschäftliche Maßnahmen durchgeführt habe, die „bisher einen Aufwand von etwa 60-70 Millionen Mark erfordert“ hätten. Dasselbe Blatt stellte am 22. August fest, daß die Käufer deutscher Aktien durch die Firma Pelschek, soweit sie der Öffentlichkeit sichtbar geworden sind, „niedrig gerechnet, einen Aufwand von etwa 70 Millionen Mark erfordert haben dürften“.

Alle Welt, das heißt sämtliche deutsche Börsen und jedes Handelsblatt, fragte im Tempo dieser fortgesetzten steigenden Anlageziffern: Wer ist dieser Pelschek und was will er?

Der Chor der Zeitungen antwortete: ein reicher Mann macht Kapitalanlagen, oder: „das Primäre bei dem ganzen Vorgehen Pelscheks ist in kapitalistisch spekulativen Neigungen zu suchen“. Ist das nicht wirklich reizend? Ungefähr so, wie ein kleiner Junge zwei Kupferpfennige in die Sparbüchse steckt, schob Herr Pelschek aus Aussicht 70 Millionen Mark in die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie; oder ebenso wie der bekannte Kunde des Zigarrengegeschäfts und der Straßenkneipe, der 5 Mark „aus spekulativer Neigung“ in Kennwetten anlegt, hat Herr Ignatius Pelschek 6 Duzend Millionen Mark auf den Ladentisch hingebracht.

Ohne solch originelle psychologische Studienresultate veröffentlichte nur — und das ist beinahe ein Witz — die deutsche Tageszeitung die Tatsachen der in voller Öffentlichkeit vor sich gehenden Aufkäufe von Millionenpaketen mitteldeutscher Braunkohlenaktien. Sie überführte die Sache kurz und bündig: Drohender Kohlenwucher. Die Agrarier und ihre journalistischen Großstadtableger können wir ohne weiteres als vereidete Sachverständige auf dem Gebiete des Wuchers betrachten, sie wissen genau, auf welche Art und in welcher Verbrämung wichtige Lebensbedürfnisse zu bewuchern sind. Hier hat Dertel sicher recht.

Es ist größter Ansturm, die Ursachen und Absichten Pelscheks im eigenen Hirne bei spekulativen Spaziergängen aufzusuchen. Wenn die Absichten der Tatsachen vielleicht auch nicht ganz klar sind, der energische Ton der Resultate ist um so verständlicher. Oder man mißte denn annehmen, daß es nichts auf sich hat, wenn ein böhmischer Braunkohlenkönig zu einer Großmacht der mitteldeutschen Brikettindustrie wird.

Die österreichische Braunkohlenindustrie ist viel älter als die Braunkohlen- und Brikettfabrikation in Deutschland. Pelschek gehört neben Weinmann zu den kapitalistisch Glücklichen, die als Zwischenglieder, als Händler mit ihrem Produkt in die Höhe wuchsen. Heute regiert Pelschek in den wichtigsten österreichischen Kohlengegesellschaften. So der Brücker Kohlenbergbau-Aktiengesellschaft, der Nordböhmisches Kohlenwerksgesellschaft, der Aktiengesellschaft Deutsch-Böhmische Kohlen- und Brikettwerke, der Starascher Montan- und Industrialwerke, er sitzt sogar im Aufsichtsrat der berühmten Alpinen Montanengesellschaft, hier wohl in erster Linie nur auf Grund seiner Aktienmacht.

Herr Pelschek hat mit seiner Kohlenhandelsfirma immer sehr energisch dafür gesorgt, daß er anständige Verkaufsverträge in die Hand bekam. Die Brücker Bergwerksgesellschaft und andre österreichische Braunkohlenunternehmen wissen davon ein Lied zu singen. Selbstverständlich ist, daß die österreichischen Konsumenten nicht nur die gleiche Weisheit, sondern auch den gleichen Text sehr genau kennen. Vielleicht hängen die gerade gegenwärtig in Oesterreich bemerkbar gewordenen Preissteigerungen böhmischer Kohle sogar damit zusammen, daß Herr Pelschek viel Geld für seine mitteldeutsche Sparbüchse braucht. So regiert der Kohlenhändler Pelschek in Oesterreich! Es gehört wirklich ein ganz Teil Industriequantität — eine der patriotischer Lobhudelei gleichartige Schleimart — dazu, um zu schreiben, daß Ignatius Pelschek sein Geld nur anlege, damit seine Söhne neue kleine Industrie Königreiche erhalten konnten. Das schrieb ein ernsthaftes deutsches Handelsblatt.

Viel klarer und materiell verständlicher ist, da man auch Industrie Königreiche noch mit Wasser kocht und nicht mit Philosophie, daß der österreichische Braunkohlenhändler die Zerpfütterung und den durch übereifrige Gründungen verkaufsfreudigen deutschen Markt der Braunkohlenaktien in den letztvergangenen Monaten benutzt hat, um sich häuslich innerhalb der deutschen Konkurrenz einzurichten. Grund dazu, die Hand im deutschen Brikettgeschäft zu haben, hat Pelschek genug. Tatsächlich ist in immer schärferem Angriff die böhmische Braunkohle, im besondern aus Sachsen und Bayern, durch die deutsche Produktion hinausgedrängt worden. Dazu kommt noch, daß es Oesterreich an der Ausdehnungsfähigkeit seiner Kohlenindustrie mangelt. Damit hat Pelschek zwei nicht vergrößerte Zukunftsproduktionen

und ihren einmal notwendig werdenenden Absatz zu schützen. Angesichts der gewaltig emporstreichenden deutschen Braunkohlenerzeugung liegt es aber gar nicht weit, anzunehmen, daß man sich dagegen schützen will, durch den deutschen geldspendenden Segensquell im eignen Quellgebiet Marktüberschwemmungen entstehen zu lassen. Man brachte nur, daß die österreichische Braun- und Steinkohlenerzeugung zusammen von 21 Millionen Tonnen im Jahre 1886 auf nur 49 Millionen Tonnen im Jahre 1911 gesunken ist, während die deutsche Braunkohlen- und Steinkohlenerzeugung zusammen von 74 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit auf 235 Millionen Tonnen angewachsen ist. Die Braunkohle allein ist in der eben genannten Zeit in Deutschland zu einer um 373 Prozent gestiegenen Erzeugung gekommen. Von 1911 zu 1912 ist die deutsche Braunkohlenproduktion weiter von 74 auf 82 Millionen Tonnen emporgeschneit!

Mit der gewaltigen Entwicklung der deutschen Braunkohlenerzeugung ging eine Gründungsfreudigkeit, die in den letzten Jahren nur noch durch die Begeisterung der Braunkohlensyndikate beim Preiswucher überboten werden konnte. Das mitteldeutsche Braunkohlensyndikat fiel auseinander und riß verschiedene Vereinigungen mit sich. Die Liebe zu Tagebau und Braunkohle, zu Niederlausitzer, Leipzig-Altenburger oder Magdeburgisch-Bitterfelder Revier, kurz die Freude an Braunkohlenaktien sank. Dies, trotzdem die mitteldeutsche Braunkohlenerzeugung auch heute noch in einer ewig guten Konjunktur lebt. Aber die übereifrigen und zahlreichen Gründungen, auch die zum Teile recht großzügigen Vereinigungen und Finanztransaktionen, haben soviel Kapital in der Braunkohlenerzeugung zusammengeschwemmt, daß die durch die Produktion dafür herauszuholende Geldrente den spekulativen hohen Erwartungen und auch den früher erzielten Riesengewinnen nicht mehr entsprach. Die Folge davon war ein lebhafteres Angebot größerer Aktienposten von mitteldeutschen Braunkohlenwerken. In dieser Situation kaufte Pelschek nach der Schätzung informierter Erscheinender Leute für bald 100 Millionen Mark Braunkohlenaktien. Er setzte sich im Niederlausitzer Revier fest; durch Aktienkauf an der „Eintracht“ und den Niederlausitzer Kohlenwerken. Beide sind bedeutungsvolle Unternehmungen, die zudem verschiedentlich sich mit ihren Feldergrenzen berühren, deswegen leicht zur kompakten Macht im Niederlausitzer Syndikat geformt werden können. Im Hallischen Revier kaufte Pelschek einen bemerkenswerten Teil von Aktien der Werchen-Weißenseiler Braunkohlengesellschaft. Ueberdies besitzen die Niederlausitzer Kohlenwerke bei Leipzig ein syndikatsfreies gutes Kohlen- und Brikettwerk „Kraft“. Das hat Herr Pelschek natürlich gleich mit eingekauft, ebenso übernahm er für 1 Million Mark noch dessen ganze Handels-Gesellschaft m. b. H., die kurz vor dem Leipziger Syndikatszerfall gegründet worden war, um die Absatzgebiete zu halten. Im rheinischen Revier ist es die Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau in Köln, bei der der böhmische Braunkohlenkönig energisch mitzureden in der Lage ist. Erwähnen wollen wir nur kurz, daß die Rahmsdorfer Kohlenwerke in Sachsen-Altenburg jetzt ebenfalls unter den Fittichen des sparenden österreichischen Kohlenhändlers arbeiten. Daß Herr Pelschek kürzlich auch ein kräftiges Paket Aktien der Hohenlohe-Werke erworben hat und damit auch Interesse am niederschlesischen Steinkohlenrevier nahm, sei hier nur nebenbei mitgeteilt.

(Schluß folgt).

## Politische Übersicht.

### Eine unabweisbare Aufgabe.

Die deutsche Regierung war auf der soeben beendeten Tagung der internationalen Vereinigung gegen Arbeitslosigkeit nicht vertreten; keines der Reichsämter beschäftigt sich mit der Frage einer gesetzlichen Arbeitslosenfürsorge. Diese Tatsache kann man als Antwort der Reichsregierung auf die seit Jahren schon dringlichen, in den letzten Monaten besonders laut gewordenen Forderungen nach Einrichtung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung betrachten. Die Antwort entspringt den Direktiven der Junker. Jede Art Arbeitslosenversicherung ist ihnen verhasst. Je größer die Arbeitslosigkeit, desto begründeter der Agrarier Hoffnungen, zu den erbärmlichsten Bedingungen Arbeitskräfte zu bekommen. Der Arbeitslose, der sich nicht unter die Junkerfuchtel begeben will, der nicht bereit ist, um jeden Preis jede Arbeit zu verrichten, gilt einfach als Faulenzer. Damit ist für die durch Schutzölle und Liebesgaben auf Kosten der Allgemeinheit überreich gesättigten Großgrundbesitzer die Arbeitslosenfrage erledigt. Ihre Geschäftigkeit und Rückständigkeit in dieser Sache wird scharf beleuchtet, wenn man ihr die Auffassung der deutschen Arbeitgeber-Zeitung gegenüber stellt; dieses Organ ist gewiß vor dem Verdacht gesichert, arbeiterfreundlichen, sozialen oder gar sozialistischen Bestrebungen zu huldiven. Es betannte sich aber aus Rücksichtserwägungen doch zu folgender Auffassung in der Nummer 44 vom 1. November 1908:

Alle die Nachteile, welche die Arbeitslosigkeit sowohl für den Einzelnen wie für die Gesamtheit, für den Staat und für das allgemeine Wohl nach sich zieht, ausführlicher auseinanderzusetzen, dürfte an dieser Stelle wohl überflüssig sein. Hervorgehoben werden soll nur, daß die Arbeitslosigkeit in hervorragendem

Maße die Öffentlichkeit berührt. Das Gefühl, seine Arbeitskräfte, trotz des besten Willens, nicht anbringen zu können, läßt erklärlicherweise Erbitterung aus und gibt den besten Nährboden ab für zersetzende Bestrebungen radikaler Elemente, die der öffentlichen Ordnung, dem ruhigen Gange der Staatsmaschine und der Fortentwicklung des Gemeinwesens ganz gewiß nicht von Nutzen sind.

Anhaltende Arbeitslosigkeit, der vergebliche Versuch, durch ehrliche Arbeit das Notwendigste zum Leben zu erlangen, ist sicherlich die Quelle großer Unzufriedenheit. Ihr entquillt aber auch die Erkenntnis von der Widerständigkeit einer Gesellschaftsordnung, die Faulenzer im Ueberfluß schmelzen läßt, die aber die Schöpfer der Güter und des Reichtums zu den Qualen der Not und des Hungers verdammt. Solchen Gefahren für die bestehende, den Besitzenden so angenehme und vorteilhafte Gesellschaftsordnung vorzubeugen, ist der Beweggrund zu der Forderung der Arbeitgeberzeitung. Abgesehen davon, daß die Arbeitslosen mit ihren Familien nur zu leicht der Armenpflege anheimfallen und damit die Gemeinden finanziell belasten, sollte schon der von uns erwähnte Umstand dieselben veranlassen, durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit den schlimmsten Folgen der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Durch Beschaffung von Notstandsarbeiten und „auf dem Wege freier Arbeiten“ soll die Arbeitsbeschaffung erfolgen. Dazu wird dann noch bemerkt:

Nach dieser Richtung hin die Gemeindevertretungen an die Erfüllung sozialer Pflichten zu erinnern, ist die Sache der Arbeitgeber-Organisationen, und soweit auch die Handwerker von der Krise betroffen werden, von deren Standesvertretungen.

Welche Beweggründe die Arbeitgeberzeitung bestimmen, stört uns nicht, im Interesse der Arbeitslosen wünschen wir, daß ihre Forderung eingehende Beachtung fände. Aber darob herrscht kein Zweifel mehr: Die Beschaffung von Notstandsarbeiten genügt nicht, genügt bei weitem nicht. Die Gemeinde kann zunächst für eine Reihe von Berufen überhaupt keine Arbeitsgelegenheit beschaffen. Oder soll sie etwa den Goldarbeiter oder den Seidensticker mit Erbarbeiten beschäftigen? Weiter aber, und das ist der gewichtiger Umstand: bei größerer Arbeitslosigkeit ist die Gemeinde gar nicht imstande, für alle Arbeitslosen Beschäftigung nachzuweisen. Die sogenannten Notstandsarbeiten kommen nur als ein Glied in der Kette der Maßnahmen gegen die Schäden der Arbeitslosigkeit in Betracht. Unerlässlich ist eine umfassende Arbeitslosenversicherung. Darin sind sich die meisten Sozialpolitiker und Nationalökonomer einig. Auch verschiedene Staatsregierungen und der deutsche Städte-tag bekannnten sich bereits grundsätzlich zu derselben Auffassung. Aber die Pflicht, diese Aufgabe zu lösen, schiebt man sich gegenseitig zu. Die Staatsregierungen den Kommunen, diese wieder dem Staat. Der vor zwei Jahren in Posen abgehaltene deutsche Städte-tag beschäftigte sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung. Die Anregung dazu hatte teilweise die Stellungnahme einiger Staatsregierungen gegeben, die den Kommunalverbänden die Aufgabe der Arbeitslosenversicherung überwies. Verschiedene Städtevertreter erkannten solche Pflicht wenigstens in bedingter Weise an, in schärferer Betonung wurde die Ansicht vertreten, daß eine Arbeitslosenversicherung auf gesetzlicher Grundlage beruhen müsse. Das wird auch in den schließlich angenommenen Thesen der Referenten ausgesprochen; es heißt darin:

Die Ueberweisung der Frage der Arbeitslosenversicherung an die Gemeinden ist daher nur eine Verlegenheitsauskunft, um die eigentlichen verantwortlichen Stellen — Regierungen und Parlament — von der Verantwortlichkeit zu befreien.

Daß in dieser Beziehung das Reich eingreifen müßte, hat auch die badische Regierung anerkannt. In einer Denkschrift zu dieser Frage erklärte sie: „Solange nicht von Reichswegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitslosigkeit stattfindet, kann nur durch große Kommunalverbände Vorhilfe getroffen werden.“

Die kommunale Arbeitslosenversicherung hat bisher nur geringe Fortschritte gemacht. Das gute Beispiel, das die Gewerkschaften mit ihren Arbeitslosenunterstützungen den verantwortlichen Stellen vor Augen führen, fand wenig Nachahmung. Der Widerstand gegen eine umfassende Arbeitslosenversicherung bei den Regierungen und den Kommunalverwaltungen wurzelt zum Teil in demselben Boden, entspringt aber zum Teil verschiedenen Beweggründen. Alle erwachen sie in den gegenwärtigen Interessen zwischen Kapital und Arbeit, finden ihre Nährkraft in der Abneigung gegen die Gewerkschaften. Die Hemmnisse können nicht ausgeschaltet werden, aber sie verlieren wenigstens in der Form etwas von ihrer Schärfe, wenn die Lösung der Aufgabe durch ein Zusammenarbeiten von den Kommunen und dem Reiche erfolgt. Die Arbeitslosenversicherung wird auf Grund eines Reichsgesetzes durch die Gemeinden organisiert und durchgeführt. Zu den Kosten, die den Kommunen dadurch erwachsen, zahlt das Reich einen Zuschuß.

Die Grundlage und die Handhabung der Einrichtung darf selbstverständlich in keiner Weise das Koalitionsrecht der Arbeiter behindern, darf nicht als Mittel des Lohndruckes dienen, nicht gegen die gewerkschaftlichen Organisationen gebraucht werden. Paritätisch zusammengesetzten kommunalen Arbeitsämtern wäre die Verantwortung für die kommunale Einrichtung, in der mit der Arbeitslosenversicherung ein Arbeitsnachweis verbunden werden könnte, zu übertragen. Auf Einzelheiten hier einzugehen erübrigt sich; der Vorschlag soll nur zeigen, daß die unabweisbare Aufgabe verhältnismäßig leicht zu lösen ist. Trotz der gegenwärtigen Interessen, trotz der vorhandenen Hindernisse wird sich ein gangbarer Weg finden — wenn der Wille dazu nicht fehlt. Die Frage der Arbeitslosenversicherung muß gelöst werden!

Die Pflicht der Gesellschaft, für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsweise eine umfassende Arbeitslosenversicherung zu schaffen, ist von Staatsregierungen und dem deutschen Städte-tag grundsätzlich anerkannt worden, die Arbeiterschaft hat nur ein Recht, die schleunige Einführung einer Versicherung zu fordern.







# Ausland.

## Der Schreckenszug der Cholera.

Trag aller Versuche, die auf dem Balkan grassierende Cholera auf den Seuchenherd zu bannen, wird die Gefahr der Verschleppung nach dem Westen immer stärker. Nachdem längst erst in Budapest eine Anzahl Fälle von Cholera festgestellt wurden, wird jetzt auch aus dem nahe der bayerischen Grenze gelegenen böhmischen Badeort Marienbad eine Erkrankung an Cholera gemeldet. Dort ist bei einer aus Gratschenka (Bosnien) eingetroffenen Frau Gacinska Cholera festgestellt worden. Alle erforderlichen Maßnahmen sind getroffen, die Frau ist isoliert worden. In Serbien und Rumänien wütet die Cholera in furchtbare Weise. Die amtliche Cholera-Statistik für Serbien für die letzten acht Tage lautet: Erkrankt seit dem Ausbruch der Epidemie 1224 Personen, genesen 370, gestorben 277. Der Cholera-stand in Rumänien ist seit dem Ausbruch der Epidemie folgender: 1555 Kranke, 661 Todesfälle, 159 Erkrankte sind genesen. Auf die Gesamtzahl der Todesfälle entfallen 79 Militärpersonen.

Der serbische Generalstabsarzt Meditsch, einer der Divisionskommandanten in beiden Kriegen, ist in Nisch an der Cholera gestorben. — In Stuhlweissenburg in Ungarn sind unter choleraverdächtigen Ermahnungen auf offener Straße zwei Kinder zusammengebrochen. — Die russischen Gouvernements Jekaterinow, Taurien, Tschernigow und Kulis, die Gebiete von Kuban und Batum, der Bezirk Suchum und die Stadthauptmannschaften Sewastopol und Kertsch sind für cholerabedroht erklärt worden.

## Rußland.

**Tolstois Sohn als Anwalt der russischen Anate.** Graf L. Tolstois, der Sohn Leo Tolstois, der zu Lebzeiten seines Vaters sich wohlweislich im Schatten des Privatlebens hielt, ist plötzlich von der Schreibwut befallen worden und betätigt diese in dem Zentralorgan der Reaktion, der Nowoje Wremja. Als hätte sein Vater nie gelebt, als hätte er nie eine Zeile seiner Schriften gelesen, tritt er für alles das ein, was sein Vater als alles Uebel Kern und Ursache bekämpft hat. In seinem letzten Artikel der Nowoje Wremja hat er sich auf die Seite der Nationalisten geschlagen und zieht über das unglückliche Finnland her, wo die Verhältnisse gar nicht nach seinem Geschmack sind. Der Russe soll hier Herr sein, der Finne knecht! Und das einzige Mittel, um dies zu erreichen, ist nach der Ansicht des Grafen eine Masseninvasion russischer Genarmen nach Finnland, von denen er, wie er bedauernd sagt, viel zu wenige gesehen hat. Es ist tatsächlich ein Bild, das nur im heiligen Rußland möglich ist: der Sohn eines Leo Tolstois als Anwalt für Bureaucratie, Genarmen und Polizei!

## Österreich-Ungarn.

**Der Mörder Schuhmeiers wird hingerichtet!** Aus Wien kommt die Meldung, daß der oberste Gerichtshof die Mordanschuldigung des Rinschals, der seinerzeit den Genossen Schuhmeier erschossen hat, als unbegründet zurückwies. — Ginge es nach dem Willen der Sozialdemokratie, dann würde die Hinrichtung niemals stattfinden.

60 000 Arbeitslose zählt, wie in einer großen Arbeitslosenversammlung in Budapest bekanntgegeben wurde, allein die Stadt Budapest mit ihren Vorstädten. Um der Not und dem Elend wenigstens etwas zu steuern, fordert die sozialdemokratische Partei von der Regierung und der Stadtverwaltung die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten.

## Spanien.

**Eine Niederlage in Afrika.** In Madrid haben die letzten aus Marokko eingetroffenen Nachrichten große Unruhe und Erregung hervorgerufen. Die Lage in Tetuan ist sehr ernst. Die Aufständischen haben einen neuen allgemeinen Sturmangriff auf die Stadt unternommen und die spanische Besatzung unter schweren Verlusten in die Stadt zurückgeworfen. Aufjuchend soll zur Verstärkung der Belagerer mit bedeutenden Streitkräften auf Tetuan marschieren. Der Generalkommandant von Spanisch-Marokko hat umgehend die Absendung von Verstärkungen erbeten. — Mehrere Kreuzer erhielten Befehl, sofort nach Ceuta abzugehen.

## Kleine politische Nachrichten.

**Die liberalen Arbeiter,** die im vorigen Jahr mit den liberalen Angestellten einen neuen Reichsverein gegründet haben, freuten sich auf ihrer Delegiertenversammlung in Halle am Samstag sehr, daß sie es schon auf fast 3500 Mitglieder gebracht haben. Der Jahresbeitrag beträgt 3,60 Mk., welche Leistung von Dr. Wiemer als herrliches Beispiel für die nichtzahlensollenden Fortschrittlerbürger gefeiert wurde. Sehr bitter wurde darüber geklagt, daß die Fortschrittliche Volkspartei Arbeiter gar nicht oder höchstens in ausichtslosen Wahlkreisen als Kandidaten aufstellte, obgleich ein Arbeiter an Dr. Müggenhagen Stelle öffentlich-Carban angeblich nicht an die Sozialdemokraten verloren haben würde. Dr. Wiemer versicherte, man werde alles mögliche tun, aber vorerst müßte untersucht werden, ob die Parteifaktoren geändert werden könnten. Im übrigen sprach man sich für freie Arztwahl, Schutz des Koalitionsrechts und - Ferienreiseparklubs aus.

**Bewerberwahl in Bruchsal.** Bei der Wahl der Arbeitnehmerbeiräte zum Gewerkschaftsgericht in Bruchsal wurden von der Vorschlagsliste des Gewerkschaftskartells acht, von der Vorschlagsliste der Christlichen zwei Vorgesetzte gewählt. Auf die Liste des Gewerkschaftskartells wurden 360, auf die Liste der Christlichen 120 Stimmen abgegeben. Die Christlichen verlieren zwei Sitze. Das Resultat der Wahl bedeutet für die freien Gewerkschaften einen schönen Erfolg.

**Kommunalwählerfolge.** Einen schönen Erfolg errangen unsere Genossen bei den Bürgerauswahlergebnissen in Wyhlen (Baden). Bei der Wahl zur dritten Wählerklasse eroberten unsere Genossen elf von den 20 zu vergebenen Sitzen. Bisher reichte unsere Partei weder im Bürgerauswahlergebnis noch im Gemeinderat vor.

**Staatsaktion in Magdeburg.** Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters in Elberfeld wurde am Sonnabend in der Buchhandlung der Volksstimme in Magdeburg die Druckschrift: „Wer will unter die Soldaten?“ in 64 Exemplaren beschlagnahmt.

**Nicht bestätigt.** In Nüsselsheim wurde der Fahrradhändler Jung zum Beigeordneten der Gemeinde gewählt. Der Gewählte wurde aber nicht bestätigt. Sowohl der Kreisauschuß als auch jetzt der Provinzialauschuß stimmten der Nichtbestätigung zu, da Jung Sozialdemokrat ist.

**Breslauer Justiz.** Wegen Körperverletzung, Beleidigung und Bedrohung verurteilte die Breslauer Strafkammer die beiden streikenden Maurer Knecht zu je einem Monat Gefängnis. In einem von Arbeitswilligen provozierten Gasthausstreit hatte der erste der beiden verurteilten Brüder einem Arbeitswilligen eine Ohrfeige gegeben, während der andere gerufen hatte: „Hund, wir schlagen dich tot!“ Diese Ungehörigkeiten genügten dem Staatsanwalt zu einem Antrage auf fünf Monate Gefängnis.

## Aus Westpreußen.

### Danzig.

#### Das Alte stürzt...

Beuten und Einrichtungen einer vergangenen Zeit, die ehemals vielleicht zweckmäßig waren, heute aber den Ansprüchen des neuen Geschlechts nicht mehr genügen, werden durch neue bessere Werke ersetzt. So auch in Danzig. Die Einwohnerzahl der Stadt

nimmt zu. Die Notwendigkeit für eine neue Wohngelegenheit zu schaffen zwingt die Stadtverwaltung neues baufähiges Gelände, neu herzurichten. Viele Schwierigkeiten stellen sich dem in dem Weg. In der Hauptsache sind es die Rücksichten auf die Festigungsanlagen. Es ist der Kommune bekanntlich gelungen, in der Niederstadt einige Bastionen, die der Entwicklung Danzigs hemmend entgegenstanden, anzukaufen. Die Wälle werden niedergelegt, nachdem die nötigen Ersatzbauten und der neue Mollkammfester fast hergestellt sind. Zu der Aufschüttung der Festigungsgräben sind ungefähr 750 000 Kubikmeter Erde nötig. Da die Wälle diese Masse nicht enthalten, wird der fehlende Boden durch die Verteilung der Mollkamm und des Kaiserhafens von 7 auf 9 Meter gewonnen. Die Wälle müssen dann von der Weichsel bis zur Bastion Roggen wieder hergestellt werden. Einmal aus militärischen Gründen und dann um bei einem eventuellen Weichseldurchbruch die Stadt vor Hochwasser zu schützen.

Zur Beilegung dieser Arbeiten hatte der Oberbürgermeister Herr Scholz den Magistrat, die Stadtverordneten und die Vertreter der Presse zum Freitag eingeladen. Die Firma Goehart, Düsseldorf, der die Baggerarbeiten übertragen sind, stellte ihren Dampfer Herrt zur Verfügung. Auf dem Wege zum Kaiserhafen erläuterte Herr Baurat Stobbe den Stand der Arbeiten, die bei normalem Verlauf Ende 1914 beendigt sein werden. Beim Bagger angelangt, wurde dieser befragt. Herr Ingenieur Prohl erklärte die Leistung des Baggers. Die 43 Eimer des Baggers heben in einer 14 stündigen Arbeitszeit 8000—9000 Kubikmeter Erde aus. Diese wird in Fräsen von 250 Kubikmetern Rauminhalt zum Spülbagger an der Weitenbachbrücke gebracht. Durch eine Zentrifugalpumpe wird hier die Baggererde, gehörig verdünnt, in weite Röhre gepumpt und in die Festigungsgräben geleitet. In diesen fließt sich der Boden, während das überflüssige Wasser in die Mollkamm läuft. Bewundern muß man die technische Entwicklung. Wo sonst hundert von fleißigen Händen nötig waren, die mühsam Spatenstich um Spatenstich, dem Boden ausgraben mußten, genügen einige Bagger um die Arbeit in ungleich kürzerer Zeit zu bewältigen. — Von der Weitenbachbrücke ging es nach dem neuen Frauenbad an der Weidentorbrücke. Im Verhältnis zur alten Badeanstalt auf Strohdamm macht sie einen besseren Eindruck; viel zu klein ist sie aber im Verhältnis zur Bevölkerung, wenn auch für sie nur die ärmeren Schichten des Volkes in Frage kommt. Die besser situierten Danziger werden diese Badeanstalt wohl nicht viel oder gar nicht in Anspruch nehmen, sondern an die See gehen. Die aus Eisenbeton und Eisen hergestellte neue Weidentorbrücke wird in 6—8 Wochen dem Verkehr übergeben werden können. Die Brücke ist mit Schleusentoren versehen, um die Niederung vor Hochwasser zu schützen oder sie im Kriege unter Wasser zu setzen. Zur Sicherung gegen den bösen Feind hat das Brückengeländer ein Stacheldraht erhalten. Bei der Bastion Roggen, wo die Beilegung ihr Ende nahm, wird das Gelände zum Bau einer neuen Kaserne für die Hundertachtundzwanziger eingeebnet.

Unzweifelhaft liegen die Arbeiten am Hafen ebenso im Interesse der Stadt, wie die Einhebung der Wälle. Werden nur einige Kapitalisten und Spekulanten davon Vorteil ziehen? Oder wird der Magistrat auf dem durch die Steuerbeiträge der Gesamtheit geschaffenen Gelände nun endlich Arbeiterwohnhäuser erbauen, die in Danzig so dringend notwendig sind? Wir glauben es nicht, weil die Mehrheit des Stadiparlaments alles andere ist, nur nicht sozialpolitisch fürsorglich. An den Arbeitern wird es bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen liegen, dafür zu sorgen, daß ihre Wünsche von eigenen Vertretern im Rathausaal vorgebracht werden.

**Die Wahrheitsliebe des Reichsverbändlers.** Die Strafkammer zu Königsberg hatte den Vertreter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie Laube, wegen Beleidigung des Genossen Wardowald zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Laube hatte behauptet, daß Wardowald einmal in einem Artikel gesagt habe, „es gebe kein Gewissen“. Der Reichsverbändler hatte gegen dieses Urteil Revision eingelegt, die nunmehr verworfen worden ist. Die Kampfmethode des Reichsverbandes ist damit wieder einmal gerichtlich gekennzeichnet.

**Die Firma Reichstein in Brandenburg a. H.,** welche zirka 2000 Arbeiter ausgesperrt hat, sucht durch Infrage 2000 Arbeiter jeder Profession, vor allem Sattler, Korbmacher und Schlosser. Diese Arbeitswilligen — denn um solche handelt es sich — sollen sich vom Montag, den 15. September an in Berlin in der Dessauerstraße 17 im Laden von 8 1/2 bis 11 1/2 Uhr vormittags melden.

Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft und ersuchen, die angebotene Arbeit nicht anzunehmen, da dieses gleichbedeutend mit Streikbruch ist.

Deutscher Metallarbeiterverband, Bezirksleitung.

**Im Alkoholrausch.** Auf dem Thornschen Weg stürzte sich der Maurer Rexer nach vorangegangenen Streitigkeiten mit seinen Angehörigen aus dem dritten Stock auf die Straße hinunter. Rexer, der in betrunkenem Zustande gehandelt hatte, starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus an den Folgen eines Schädelbruchs.

**Eine Bluttat** trug sich am Sonntagabend in Stadtgebiet zu. Dort waren in einem Lokal die Arbeiter Skrochki und Zielinski, beides junge Burschen von 18 Jahren, mit einander im Streit geraten. Skrochki verließ das Lokal. Als dann Zielinski austreten wollte, stellte sich ihm sein Widerpart von neuem gegenüber und verletzte ihm einen Messerstich in den Unterleib. Zielinski starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Skrochki wurde am Montag Morgen verhaftet.

**Beim Krematoriumsban verunglückt** am Sonnabend der Maurer Josef Kloß. Er stürzte von einem Gerüst und zog sich dabei einen Schädelbruch zu. Der Schwerverletzte fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

## Bewerkschaftsbewegung.

### Der Judaslohn.

#### Geschenke für die königstreuen Bergleute.

Die Bergarbeiter-Zeitung schreibt: Hunderttausend Mark als Geschenk für treue Dienste beim Streik 1912. Den „königstreuen“ Knappen im Lugau-Deisnitzer Revier ist großes Heil versprochen. Anlässlich des Königsbesuches liehen die Werke durch Herrn Direktor Hurlig bei einem gemeinsamen Festmahl die Erklärung abgeben, daß die Werke beschloffen hätten, eine Stiftung im Betrage von 100 000 Mark zu errichten, aus der den „königstreuen“ Knappen und deren Familien im Falle der Not Unterstützungen gewährt werden sollten. Der Redner betonte weiter, daß eine dauernde und dankbare Erinnerung im Herzen der „königstreuen“ Knappen auch durch die Werke gesichert werden soll. Ganz recht so, nur immer dankbare Erinnerungen und keine Rechte, dann wird es den Bergarbeitern schon gut gehen. Es ist fast ungläublich, wie geistig tief manche Menschen die Bergarbeiter einschätzen. Der König von Sachsen soll nämlich in das Scheiblerrevier gekommen sein, um Einblick zu nehmen in den Gang des dortigen Bergbaues, um sich zu überzeugen von dem Ergehen der Belegschaften, insbesondere aber von dem der „königstreuen“ Knappen. Vielleicht erfahren wir später, wie und wo das geschehen ist. Mit der Pflege der Königstreue und Vaterlandsliebe ist den Bergarbeitern nicht geholfen. Davon kann sich

niemand satt essen und es werden auch dadurch keine Unglücksfälle verhindert. Das wissen die Herren Werksbesitzer am besten. Auch sie wollen neben ihrer Königstreue und Vaterlandsliebe, die ja sehr billig zu haben ist, noch iltliche Ueberflüsse erzielen. Was den Bergarbeitern not tut, ist ein besserer auskömmlicher Lohn, besserer Schutz für Leben und Gesundheit, höhere Unterstützung bei Krankheit und Invalidität. Solange die Grubenbesitzer in diesen drei Hauptfragen kein Entgegenkommen zeigen, werden ihre Stiftungen als das bezeichnet werden müssen, was sie sind, als Lockmittel für solche, die nicht denken können. Belegschaften über das Gewissen, wie sie scharfer nicht ausgestellt werden können, ist die Charakterisierung der Knappen in folgenden Worten: „Und so haben sie (die Werksbesitzer) den königstreuen Knappen, die sich in schweren Zeiten zuverlässig und treu, trotz aller gegnerischen Anfeindungen, an die Seite ihrer Arbeitgeber gestellt haben, jederzeit ihr ganzes Wohlwollen und ihre Fürsorge zugewendet.“ Arbeiter, die denken gelernt haben, die über den Begriff, Mensch zu sein, nicht im Zweifel sind, müssen diese Feststellung als eine Beleidigung, als eine Verletzung ihrer Ehre auffassen. In schweren Zeiten haben sich Arbeiter nicht an die Seite der Arbeitsbrüder, sondern an die Seite der Unternehmer gestellt. Das müssen sich Arbeiter von Vertretern der Grubenherren sagen lassen. Wieviel Aufklärung ist da noch notwendig, wieviel Arbeit muß da noch geleistet werden, um im Menschen auch den Menschen zu weden, edlere Empfindungen wachzurufen! Hoffen wir, daß es noch möglich ist, bevor es zu spät wird!

## Berichtliches.

### Das Spottgedicht im Altarsockel.

Wegen Beleidigung eines Pfarrers in Tübingen hatte sich der Maurer Geißler in Tübingen vor dem Schöffengericht in Reichenau zu verantworten. Bei einer in Tübingen vorgenommenen Kirchenrenovation waren die Maurer wegen Tarifbruchs des Unternehmers mit diesem in Differenzen geraten. Der Pfarrer wurde ersucht, zu vermitteln. Er lehnte das jedoch nicht nur ab, sondern verstieg sich auch noch zu der Drohung, wenn die Maurer nicht zur Arbeit gingen, würde er die „Bude“ zuschließen oder aber Unorganisierte herbeiholen. Ein Späßvogel prägte nun den Vorgang in Knittelversen. Die Leute mauerten das Gedicht, in einer Flasche aufbewahrt, in den Altarsockel ein. Ein Anonymus machte aber dem Pfarrer von dem Geschehen Mitteilung; letzterer ließ nun den Altarsockel wieder aufreißen und fand jetzt das Spottgedicht, was ihn resp. die Staatsanwaltschaft veranlaßte, Klage zu erheben. Der Pfarrer behauptete vor Gericht, daß er sich durch das Gedicht beleidigt fühle, obgleich dasselbe sehr harmlos und auch ulkig abgefaßt sei. Zugaben mußte er aber, daß er mit der Bezeichnung „Bude“ seine Kirche gemeint habe, was von dem Angeklagten in entsprechender Weise bezeugt wurde. Auf die Frage, warum er den Streit zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern nicht zu schlichten versucht habe, meinte er, er habe die Forderung der Arbeiter für grundlos gehalten, sie hätten nur unter dem Druck der Organisation gehandelt. Dabei handelte es sich um einen Tarifbruch des Unternehmers, der einen Kleinig Stundenlohn weniger zahlen wollte. Auf Zureden des Gerichtsvorsitzenden ließ sich der Pfarrer schließlich zu einem Vergleich herbei. Der Angeklagte zahlte zwar die Kosten, trotzdem dürften die Lacher aber wohl auf seiner Seite zu finden sein.

## Soziales.

### Der Familienstand der Lohnarbeiterinnen.

Nach der letzten Berufszählung vom Jahre 1907 zählte man unter den ca. 9 1/2 Millionen beruflich tätigen Frauen ca. 4 1/2 Millionen Lohnarbeiterinnen. Von diesen waren 3,68 Millionen unverheiratet und 666 997 verheiratet oder verwitwet. Auf die einzelnen Berufsgruppen entfallen:

Berufsgruppen:	Lohnarbeiterinnen i. J. 1907	
	ledig	verheir. verwitw.
Landwirtschaft	956 654	295 624
Gärtnerei	7 517	5 048
Forstwirtschaft	5 520	3 656
Fischerei	87	89
Bergbau, Hütten	14 599	2 395
Industrie der Steine und Erden	45 334	17 793
Metallverarbeitung	43 914	14 351
Industrie der Maschinen und Apparate	25 173	5 227
Chemische Industrie	15 131	5 131
Industrie der Leuchtstoffe	5 763	1 232
Spinnstoffgewerbe	313 327	111 753
Papierindustrie	46 760	10 450
Lederindustrie	11 997	3 306
Holzindustrie	18 728	8 035
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	115 644	41 151
Textilgewerbe	333 317	23 680
Reinigungsgewerbe	45 777	15 167
Baugewerbe	7 930	3 875
Poligraphisches Gewerbe	26 635	4 844
Künstlerische Gewerbe	814	122
Unbestimmte Gewerbeangabe	2 783	625
Handelsgewerbe (ohne Verkäufer)	18 098	9 002
Versicherungsgewerbe	46	51
Post, Eisenbahn	1 359	2 586
Sonstige Verkehrsgewerbe	811	14 465
Gast- und Schankwirtschaft	137 775	12 661

Der Anteil der als Lohnarbeiterinnen beschäftigten Ehefrauen ist verhältnismäßig groß. In der Gärtnerei, der Forstwirtschaft, der Fischerei, im Handelsgewerbe beträgt er 50 und mehr Prozent der ledigen Lohnarbeiterinnen. Im Versicherungsgewerbe, bei der Post, der Eisenbahn und in den sonstigen Verkehrsgewerben übersteigt die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen sogar die der unverheirateten. Ganz ähnlich ist das Verhältnis zwischen den verwitweten und den ledigen Arbeiterinnen, wenn naturgemäß auch von den verwitweten viel weniger beschäftigt werden, als von den verheirateten. Lohnarbeitende Ehefrauen finden wir nach vorstehender Tabelle zumeist in der Landwirtschaft und in der Textilindustrie. Fast 300 000 verheiratete Frauen wurden im Jahre 1907 in der Landwirtschaft, rund 112 000 im Spinnstoffgewerbe beschäftigt. Von den letzteren war die größere Hälfte, allein 60 000, in der Weberei tätig, in der Spinnerei arbeiteten 27 000, in der Bleicherei 5 900 und in der Strickerei und Häkelerei rund 8 000 Frauen. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe waren von 41 151 verheirateten Lohnarbeiterinnen etwa 30 000 in der Tabakverarbeitung beschäftigt. Doch ist gerade in diesem Gewerbe wie auch in der Strickerei und Häkelerei eine genaue Angabe der verheirateten Arbeiterinnen nicht möglich, da in diesen Berufen die Heimarbeit eine große Rolle spielt und die als Heimarbeiterinnen tätigen Frauen nur unvollkommen von der Berufsstatistik erfaßt werden. In häuslichen oder persönlichen Diensten standen 52 184 verheiratete Frauen, daneben 107 290 Witwen.

Alle diese Zahlen galten für das Jahr 1907, jetzt, nach sechs Jahren, sind sie natürlich sehr gestiegen. Und zwar ist die Zunahme der Arbeit der verheirateten Frau verhältnismäßig größer, als die Steigerung der Beteiligung der ledigen weiblichen Arbeiterschaft an der Berufstätigkeit. Das ist das traurige Ergebnis der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise.



**Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.**  
Täglich sensationelles Gastspiel des hier so schnell populär und beliebt gewordenen Komikers

# „Haskel“

mit seinem Ensemble.  
Lachen ohne Ende! Unbeschreiblicher Jubel!

Nur noch bis Freitag, den 19. September

## So'n frecher Kerl

Posse in 2 Akten.

Vorher:

## Des Löwen Erwachen.

Am Sonnabend, den 20. September

## Premiere

## Das Adoptivkind

Operette in 1 Akt.

## Freund Löwe

Posse in 2 Akten.

Anfang 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Anfang 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Das Gewerkschaftskartell hat für seine Mitglieder einen Posten **Vorzugskarten** erhalten. Gegen Vorzeigung dieser Karten erhalten die Mitglieder der freien Gewerkschaften an den Wochentagen an der Abendkasse **bedeutende Preisermäßigung.**

**Vorzugskarten** sind in sämtlichen Gewerkschaftsbureaus, sowie in der Expedition der Volkswacht und in der Zigarrenhandlung Eugen Sellin, Schüsseldamm Nr. 56, unentgeltlich abzufordern.

# Stadt-Theater.

Dienstag, den 16. September 1913, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Nochakt. Zum 2. Male. Nochakt.

## Das Buch einer Frau.

Luftspiel in drei Akten von Lothar Schmidt.

Mittwoch, den 17. September, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: **Die Präsidentin.**

Donnerstag, den 18. September, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: **Die versunkene Glocke.**

Freitag, den 19. September, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: **Der gute Ruf.**

Sonnabend, den 20. September, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: Bei ermäßigten Preisen.

**Uriel Acosta.** Trauerspiel in fünf Akten von C. Gutzkow.

Sonntag, den 21. September, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Zum 1. Male.

**Müllers.** Schwank in drei Akten von Fritz Friedmann-Frederich.

Ausführliche Theaterprogramme à 10 Pfg. im Theater erhältlich.



# 1.00 Zähne 1.80

Für 1,80 liefern ich Zähne, welche verschiedentlich mit 3 Mark und mehr bezahlt werden müssen ohne Extrarechnung der Kautschukplatte, und gebe ich trotz des billigen Preises 10 Jahre schriftliche Garantie für Haltbarkeit. **Alleinanfertigung für Danzig.**

Patent-**„Reform“**-Gebiss ohne Platte

Nach Aussagen und Anerkennungschriften meiner Patienten **Zahnziehen fast schmerzlos à 1 Mark. =** **Piomben an 2 Mark, Reparaturen an 1 Mark.**

**„Institut für Zahnleidende“**  
Danzig, Pfefferstadt 71, I., 2 Minuten vom Hauptbahnhof.  
Sprechzeit: von 8-8 Uhr. Telephon 2621. Sonntage von 9-2 Uhr.

Wegen andauernder Krankheit beabsichtige mein nachweislich rentables

## Grundstück

in wachsender Industriestadt (Ostpr.), wor in Kolonialwaren-geschäft, Schank-, Restaurations- und Saalwirtschaft mit Fremdenzimmer, woselbst Gewerkschaften Versammlungen und Feste abhalten, bei ca. 12000 Mk. Anzahlung zu verkaufen. Offerten unt. R. 4 a. d. Exped. der Volkswacht.

**Wilhelm Zamory**  
**Glas- u. Bilderleisten-Handlung**  
Teleph. 2505. Danzig, Tischergasse 47. Teleph. 2505.  
Durch Einkauf großer Posten Glas und Leisten bin ich in der Lage, zu besonders billigen Preisen zu verkaufen.  
Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.

**3 Zentralbibliothek**  
zu Danzig  
Kostenlose Bücherausgabe  
Mittwoch von 7-8 Uhr  
Sonnabend v. 8-8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
abends  
Dominikswal 8, Hof 1.

**Cigarren-Import**  
**Max Schwabe**  
Danzig, Paradiesgasse 6 u. 7  
Russische, türkische u. ägyptische  
**Cigaretten**  
Rauh-, Kau- und Schnupftabak.

Spielferdestall, schöne Puppe und ein gut erh. Kinderbettgestell zu verkaufen Schidlitz, Oberstraße 82, Markelshöhe.  
Gr. Mühlengasse 9, 3, 2 Zimmer, Küche, Boden, Keller für 32 Mk. zu vermieten.  
Eine hübsche 2 Zimmerwohnung auch passend für Kontor, zum 1. Oktober zu verm. Hundegasse 86 im Laden.  
2 Zimmer Höhe Seigen 10 zum 1. Oktober zu verm. Miete 23 Mk. monatlich. Näheres bei König, Höhe Seigen 11, 3. ☐  
Ankerstraße 7, 1, find 2 hübsche große Zimmer vom 20. Okt. bis 1. April preisw. 3. verm. Sonn. Wohn. 31,50 Mk. monatl. 2 Zimm., Rab., Entr., Zubh., zum Okt. zu verm. Süßberg 14, 1 lks.  
Schild Nr. 9  
find 3 Zimmerw. mit u. ohne Bad 3. 1. 10. zu verm. Näh. part.

# Kredit

gewähre ich Jedermann bei Entnahme von **Mabehn** mit **Polsterwaren** - Größte Auswahl - Komplette Musterzimmer. **Bardrobe** für Herren, Damen und Kinder. **Abzahlung 1 Mk.** pro Woche an. Freie Lieferung. Das vornehme Kredithaus in Danzig Nic. Pindo Nachf. **M. Grau,** Danzig, Holzmarkt 4. Verlangen Sie meinen Produktkatalog. **Zusendung gratis und franko.**

**Komm zu mir! Ich borge Dir!**

**Rob. Schultz, Danzig** Schüsseldamm Nr. 56, I Tr.  
Filialleiter der Firma **Jonass & Co.** G. m. b. H. Berlin  
Gegründet 1889  
**Großes Lager von Geschenkartikeln**  
Musikinstrumente jeder Art. Sprechmaschinen, photograph. Apparate, Haarschneide-Maschinen, Rasierapparate und Messer.  
**100 000 Kunden.**  
**Uhren, Gold- u. Silberwaren**  
auf Teilzahlung ohne Anzahlung, Monatsraten von 2.00 Mark an. Bei Barzahlung 10% Rabatt. - Kein Laden. - I. Etage.

## Bezugsquellen-Verzeichnis

Ben Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

<b>S. Maltenfort</b> ELBING, Alter Markt 3 Möbel und Konfektion.	<b>Blumenhandlungen</b> H. Gall, Graudenz, Oberthorstr. 5-6	<b>Drogen und Farben</b> HYGIA-DROGERIE, Fischmarkt 1-3. Artikel z. Wäsche und Krankenpflege.	<b>ENGLISH CLUB</b> Breitgasse 106-107	<b>Schnupftabak-Fabriken</b> <b>Joh. Kostuchowski</b> Danzig-Schidlitz Karthäuserstr. 119. ☐ Telephon 2747.
<b>N. Fingerhut, Danzig</b> Nichtkangergasse 10 Möbel-Manufaktur, Konfektion.	<b>Brotfabriken</b> <b>Danziger Brotfabrik</b> G. m. b. H., Kolberggasse 15 Blasse Schiller kann, die Niederlagen.	<b>Fabrikder Nähmaschinen</b> A. Heis, Breitgasse 115	<b>SCHMIEDEGASSE 7</b> Altstädter Graben 75 samtl. Bernskleidg. z. billigen Preisen.	<b>Junius Gosra</b> Danzig, 2te Priestergasse 5 Ecke Häkergasse
<b>Alkoholfreie Getränke.</b> <b>Chr. Schatz</b> Ohra Teleph. 60	<b>Bürsten, Besen, Pinsel</b> Julius Goldstein, Hundegasse 4 Ulrich Goldstein, Hundegasse 4 Ulrich Goldstein, Lawendelgasse 4	<b>Ernst Röhl, Breitgasse 78.</b> Max Ventzki, Hundegasse 21, T. 2404. Danzig-Fischmarkt 2, A. F. Wringmaschinen, Reparaturen.	<b>Kaufhäuser</b> <b>Partiewaren, Gelegenheitskäufe</b> Junkergasse 1 III. Baum 7-1	<b>Schuhwaren</b> Großes Schuhwarenlager, Inh.: Fortler Kl. Mühlengasse, nah dem Pfarrhaus. Arbeiter erhalten Extrarabatt.
<b>Sinaleo</b> Bäckereien. Ass. Kuba, Schidlitz, Karthäuserstr. 53	<b>Horst Lettau, Hundegasse 36</b> ca. 60 Käsesorten stets am Lager.	<b>Max Ventzki, Hundegasse 21, T. 2404.</b> Danzig-Fischmarkt 2, A. F. Wringmaschinen, Reparaturen.	<b>Parfümerien</b> <b>Arthur Schulz</b> DANZIG, III. Damm Nr. 2 Billigste Bezugsquelle f. Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen.	<b>Schuhwarenhaus Tuchler</b> Holzmarkt 19 Unvergleichlich billige Preise
<b>Beerdigungsanstalten.</b> <b>H. Herde</b> Elblag, Wilhelmstr. 15	<b>Cigarrenhandlungen</b> <b>J. NOETZEL</b> Paradiesgasse 22 vers. Cigarren-Spezialmarken.	<b>S. Lazarus, Langlohr, Hauptstr. 53</b> Arbeiterbekleidung Mafanfertigung • Herrenartikel.	<b>Möbelmagazine</b> <b>Arthur Schulz</b> DANZIG, III. Damm Nr. 2 Billigste Bezugsquelle f. Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen.	<b>Schuhwaren</b> L. Michaelis III. Damm Nr. 6 Heiliggeistg. 36. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.
<b>Berufskleidung</b> Julius Goldstein, Hundegasse 4 Lawendelgasse 4	<b>M. Krause</b> R. Ramrau 13 empfiehlt seine Spezialmarken.	<b>Schwersenz</b> Langfuhr, Hauptstraße 40a Arbeiterbekleidung.	<b>Molkereien</b> <b>Central-Molkerei</b> G. m. b. H. Danzig Verkaufswagen in allen Stadtteilen.	<b>Soifen- u. Toiletteartikel</b> <b>Julius Goldstein</b> Junkergasse 2 Lawendelgasse 4
<b>Bettfedern und Betten</b> Hygien. Bettfedern-Reinigung und Desinfektionsanstalt Häckerstraße 75	<b>Corsetts und Schärzen</b> <b>Julius Goldstein</b> Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	<b>GOLDENE 14</b> Lange Brücke.	<b>Musikinstr., Grammophone</b> <b>Danziger Sprechmaschinen u. Fabrik-Zentrale</b> , Hundegasse 33. Reelle und billige Bezugsquelle für Abonnenten der Volkswacht. Zubehör u. Reparaturen auch billig.	<b>Spielwaren</b> <b>Julius Goldstein</b> Junkergasse 2 Lawendelgasse 4
<b>Bierbrauereien</b> <b>Danziger Aktien-Bierbrauerei</b> Jahresumsatz ca. 100 000 hl.	<b>Damenputz u. Modewaren</b> <b>Julius Goldstein</b> Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	<b>Kontakleis-Handl.</b> Mariaewerder Markt Herrenartikel	<b>Papier- und Schreibwaren</b> <b>G. W. PETERSEN</b> ELBING, Alter Markt 83 Schul- und Büro-Artikel.	<b>Sprechmaschinen, Platten</b> A. Heis, Breitgasse 115.
<b>Bierhandlungen</b> Bierauschank B. Bubitz Graudenz, Calmerstr. 14-15. A. A. Brauereiaschank <b>Carl Press, Graudenz</b> Langestr. 15, Calmerstr. 17.	<b>Herrenputz u. Modewaren</b> <b>M. Laube, Ohra</b> Kurz-, Weiß-, Wollwaren.	<b>Herm. Goldblum</b> Neuhäuserstr. 19 Herren- und Knaben-Garderobe Herrenartikel Spez. Herrenkleidg.	<b>Schirme, Stöcke, Mützen</b> <b>Julius Goldstein</b> Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	<b>Wollwaren</b> <b>Julius Goldstein</b> Junkergasse 2 Lawendelgasse 4
<b>Destillation, Liköre</b> <b>A. ALFERMANN</b> Dampfdestillier- Zur goldenen Engel DANZIG, Fischmarkt 40-41.	<b>Herrenartikel</b> <b>Julius Goldstein</b> Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	<b>Otto Daberkow</b> Mariaewerder Markt 19 Herren- und Knaben-Garderobe Herrenartikel Spez. Herrenkleidg.	<b>Schneiderei-Artikel</b> <b>Julius Goldstein</b> Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	<b>Wäsche, Weiss- u. Wollw.</b> <b>Julius Goldstein</b> Junkergasse 2 Lawendelgasse 4
<b>F. Berner</b> Spandauer, Neugasse 10-11 Kolonialwaren.	<b>Herrenartikel</b> <b>Julius Goldstein</b> Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	<b>Hut-Haus London</b> II. Damm 10-11 Herrenartikel		



## Der dritte Parteitag in Jena.

Jena, 14. September. (Privattelegramm.)

Zum dritten Male hat der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die freundliche Saalestadt Jena zum Tagungsort gewählt. Ein seitlicher Kontrast möchte das scheinen: die sonnige, bergumränzte, gemüthliche Univeritätsstadt und die Berlebung der Arbeiterbataillone, vor deren wichtigem Massentritt eine halbe Welt erzittert. Aber es ist ja nicht wahr, daß die Sozialdemokratie das moderne Barbarentum verkörpere, sie verkörpert sonnige, lichtstrahlende Zukunft der Menschheit, und so hat es seinen guten Sinn, daß die waffenführende Kampfpartei sich die freundliche Mäusenstadt an der Saale zum bevorzugten Tagungsort erkoren hat.

Gern kommen alle, die dem Parteitag beizuwohnen haben, nach dem lieben Jena, und die Jenaer Arbeiterklasse ist stolz darauf, das Parlament des deutschen Proletariats nun schon zum dritten Male unter sich zu sehen. An den Bühnhöfen bieten festlich geschmückte Pforten den Teilnehmern des Parteitages den herzlichsten Willkommengruß der Schüler-Stadt, und die Genossen und Genossinnen, die sich nachmittags schon zur Hauptprobe der Sänger gedrängt haben, empfinden es als Glück, wenn es ihnen gelingt, Zutritt zur Eröffnungsfeier zu erlangen.

Und trotzdem — bekommen und bewegt streben wir dem Volkshause zu. Wie werden wir es empfinden, auf dem vordersten Platz nicht mehr August Bebel zu sehen!

So stark ist der Andrang, daß man im großen Saal des Volkshauses nur Stühle, keine Tische aufgestellt hat. Sind doch etwa 600 Delegierte und schon 17 Vertreter der ausländischen Bruderparteien, eine große Anzahl von Pressevertretern des In- und Auslandes und dazu die Angehörigen manches Parteitags-Teilnehmers sowie all die vielen Festgäste erschienen. Dicht gedrängt harri die Menge, die man wohl auf 2500 Menschen schätzen kann, der Eröffnung. Natürlich sind Parteivorstand, Kontrollkommission und Parteiauschuß vollzählig anwesend, soweit nicht Krankheit das Erscheinen verhindert, wie bei unserem Parteivorsitzenden Haase. Aber Genosse Gerisch ist nach mehrjährigem Fernbleiben wieder in unserer Mitte und frisch wie einst. Von den ausländischen Genossen erblickt man die bekannten charakteristischen Köpfe Keir Hardies, der die englische Arbeiterklasse vertritt, Bernerstorffs, der mit Rolle für die Oesterreicher gekommen ist, unseres belgischen Freundes Ansele, der mit Wandersmissen das Land des politischen Massenstreiks vertritt, Troelstras, des Führers der holländischen Sozialdemokratie und unseres internationalen Sekretärs Hunsmans. Genosse Thomasi-Paris ist noch nicht eingetroffen. Die Vertreter der Bruderpartei Ungarns (Genosse Buchinger), Norwegens (Genosse Ole O'lian), der Schweiz (Genosse Platten), Portugals (Genosse Beluso) und ein Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands wohnen bereits der Eröffnungsfeier bei.

In den vordersten Reihen des Saales sieht man fast vollzählig die stärkste Fraktion des Deutschen Reichstages.

Herrlich haben die Jenaer den ideal-schönen Saal diesmal geschmückt. Von der Rückwand erhebt eine große Allegorie, die Göttin der Freiheit zeigend, die einem Arbeiter den Weg weist. Die Zahlen „1863—1913“ erinnern an das fünfzigjährige Gründungsjubiläum der Partei und die von Julius Ditt gezeichnete ausdrucksvolle Büste Ferdinand Lassalles mahnt an ihn, von dem der proletarische Gesangsverein singt, daß er uns „Schwervergab“. Unter der Bühne des Saales aber erneut die ebenfalls von Ditt modellierte Statue August Bebels den Schmerz um den bittersten Verlust, der uns getroffen. Um den stolzen Kopf aber leuchtet das hoffnungsvolle Grün lebender Pflanzen, und wie es unter dem allegorischen Bild die Tagungsorte und -daten der internationalen Kongresse das Weltumspannende unserer Bewegung uns ins Gedächtnis rufen, so begeistert uns aufs neue der grandiose Kampfesruf des kommunistischen Manifestes, der von der Stirnwand des Saales herniederleuchtet: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

Auf der Bühne hat inzwischen das Jenaer städtische Orchester und in imposanter Zahl der Arbeitergesangsverein Jenas Aufstellung genommen. Und unter der Leitung des Dirigenten Steiniger erklingt der herrliche Chor aus Mozarts „Zauberflöte“. Dann gefüllt sich noch der Frauenchor in statlicher Zahl hinzu und das gewaltige Chortext Karl Weisers: „Die Hundertthändiger“, das E. Cläffers nachschaffend und mit tiefstem Empfinden in Töne gesetzt hat, durchflutet den Saal, ergreift und begeistert mit seinen zum Kampf rufenden, den Sieg ankündigenden Worten und Rhythmen alle Herzen. Die tiefe Rührung, die diese wahrhaft glanzvolle Darbietung der Jenaer Arbeiter- und Arbeiterinnen-Sänger auslöst, kommt in einem tosenden Beifallssturm zum Ausdruck.

Darauf begrüßt namens der Parteioorganisation in Jena Genosse Beber den Parteitag in den lustigen Hallen des Volkshauses.

Die Jenaer Genossen freuen sich außerordentlich, den Parteitag wieder unter sich zu haben. Wir werden alles aufbieten, um den Teilnehmern die „rote Woche“ in Jena so angenehm wie möglich zu machen. Zur Zeit des ersten Jenaer Parteitages hatten wir erst 600 organisierte Parteimitglieder und über 1500 Gewerkschaftler. Beim zweiten Parteitag im Jahre 1911 waren die Parteioorganisationen bereits auf 2000 Mitglieder und die gewerkschaftlichen Organisationen auf 4500 Mitglieder gewachsen. Wir hatten damals das Jenaer Landtagsmandat und neun Sitze im Gemeinderat erkämpft. Das war ein schwerer Kampf, was jeder weiß, der das zähe Festhalten der Akademiker und des Bürgertums an ihren Sitzen im Rathause kennt. Seither sind wir auf der Stufenleiter der Entwicklung der hiesigen Großbetriebe eingetretenen Fluktuation und trotz des beispiellosen Kampfes der bürgerlichen Blätter gegen uns, die womöglich noch schlimmer arbeiten als der Reichsverband, haben wir heute eine Organisation von 2648 Mitgliedern, die Gewerkschaften zählen 5500 und die proletarischen Genossenschaften 8000 Mitglieder. (Beifall.) Wir haben kurz nach dem Jenaer Parteitag von 1911 gegen die vereinigten bürgerlichen unsere Sitze im Gemeinderat von neun auf vierzehn erhöht. Durch Eingemündungen gewannen wir noch zwei weitere Gemeinderatsmandate, so daß 16 bürgerliche Gemeinderäte 16 sozialdemokratischen gegenüberstehen und der Gemeinderatsvorstand aus einem Demokraten und zwei Sozialdemokraten sich zusammensetzt. Wir mußten alles an Reformen nachholen, was unsere bürgerlichen Gegner verümmelt hatten, und haben die ganze Verwaltung modernisiert. Die Mittel hierzu wollen wir durch direkte Steuern schaffen, die in erster Linie den Besitz von Grund und Boden treffen, aber von der Regierung noch nicht bewilligt sind. Bei der raschen Entwick-

lung Jenas ist die Wohnungsnot groß. Wir haben in den 14 Jahren eine Million für den Bau von Kleingewohnungen flüssig zu machen verstanden. (Beifall.) Nach einem Jahre wird die Stadt hundert Arbeiterhäuser errichtet haben. Wir haben dafür gesorgt, daß die bisherigen privaten höheren Schulen in Gemeinderegie genommen werden und daß es mit den Bürgerschulen vorwärtsgeht! Nach hartem Kampf haben wir die Abschaffung des Schulgeldes durchgesetzt, aber auch hier hat die Regierung noch nicht vollständig zugestimmt. Für alle diese Reformen werden wir von der bürgerlichen Presse gehässig angegriffen, und es wird uns nachgelagt, daß wir die Finanzen ruinieren, um im Falle des Bankrotts in Staat und Stadt den Kommunismus einzuführen. (Heiterkeit.) Sollten diese Gegner schließlich Oberwasser bekommen, so würde das an der reaktionären Regierung liegen, die im Lande Schillers und Goethes herrscht. Der verstorbene Oberregisseur Weiser, dessen Dichtung unsere braven Sängertinnen und Sängere so langvoll vortragen haben (Bravo!), gehörte innerlich zu uns, wenn er auch nicht eingeschriebenes Mitglied der Partei war.

Der Redner schließt mit Worten des Schmerzes darüber, daß August Bebel diesen Jenaer Parteitag nicht mehr eröffnen konnte. (Bewegung und Beifall.)

Namens des Parteivorstandes nimmt das Wort Genosse Wollensbuhr zu dem

### Nachruf für Bebel.

Parteigenossen! 1905 und 1911 wurden beide Parteitage in Jena von Bebel eröffnet. (Alle Anwesenden erheben sich.) Wir alle haben gehofft, daß er auch diesen Parteitag eröffnen wird. Er selbst rüstete sich bereits zur Reise nach Jena, da ihn der Tod aus unseren Reihen. Es war jene Nachricht, die am 13. August durch das Weltall schwirrte: August Bebel ist nicht mehr! Ein Streich, der so schmerzhaft auf wirkte, wie selten ein Streich das Proletariat berührt hat. Wo auch auf dem Erdenrund klassenbewußte Proletarier zusammenkommen, da gedenkt man dieses Mannes, der als einer der besten Vorkämpfer in allen Ländern gefeiert wird. Beileidstelegramme kamen nicht nur aus allen Ländern Europas, nicht nur aus Nord- und Südamerika, nein auch aus Afrika, aus Australien und, was namentlich ergreifend wirkt, aus den russischen Gefängnissen, wo der blutdürstende Zarismus alle knechtet, die für die Freiheit kämpfen. Dort sind es die Gefangenen, die den Verlust unseres großen Vorkämpfers beklagen. Wenn Leute, die Bebel nie gesehen haben, Leute, die seine Sprache nicht verstehen, so in Trauer versetzt sind durch diesen Verlust, um wieviel mehr erst sind wir es, die wir ihn in unserer Mitte gehabt haben. Auf uns wirkte unmittelbar der Feuerstrom seiner Beredsamkeit, der ganze Zauber seiner Persönlichkeit. Er rief uns fort, wenn er uns anfeuerte. Wir waren es, die ihn täglich als Ratgeber an unserer Seite hatten!

Seit 1875 ist dieser Parteitag der erste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, auf dem Bebel nicht erschienen ist. Seine Bedeutung voll zu würdigen, bleibt den Geschichtsschreibern kommender Geschlechter vorbehalten. Den Namen der unsterblichen Vorkämpfer des Sozialismus: Marx, Lassalle und Engels, können wir auch den Namen Bebel zur Seite stellen. Sein Feld war nicht die Studierstube, sondern der Kampfplatz, die Rednertribüne. Hier hat er sich als der bedeutendste Taktiker bewährt, den das Proletariat kennt. Er hat mitgewirkt, daß die kleine Sekte, in die er eintrat, zur politischen Partei wurde. Seine Taktik führte die Partei von Sieg zu Sieg bis zu ihrer heutigen Größe. Wenn man seinen Rat befolgte, so hatte man immer das Richtige getroffen. Bebel war auch gleichzeitig der erste Sozialdemokrat, der den Parlamentarismus als proletarisches Kampfmittel erwandte. Bei ihm war alles glücklich vereint. Als Kind hat er die Schattenseiten des Militarismus und Polizeistaates kennen gelernt, als proletarischer Jüngling hat er am eigenen Leib die Leiden der kapitalistischen Ausbeutung erfahren. Wie selten ein Mensch glaube er an den Sieg des Proletariats. Die sozialistische Gesellschaft, die Verbrüderung aller Völker war sein hehres Ziel. Ausgerüstet mit der Gabe einer Beredsamkeit, wie sie wenig Menschen verliehen ist, konnte er wirken, wie er gewirkt hat. War sein Leistern auch stets das Hinarbeiten auf die sozialistische Gesellschaft, so schöpft er doch aus dem praktischen Leben und gab Anregungen für das, was zunächst gelöst werden mußte. Er selbst rühmte, daß sein erster parlamentarischer Erfolg die Beteiligung des Arbeitsbuches war, also die Befreiung einer Plackerei, unter der er selbst als Handwerksbursche gelitten. Seine Haltung zur Kriegsunheil von 1870/71, sein Eintreten für die Pariser Kommune waren Akte internationaler Solidarität, die, von der Tribüne des Reichstages herab befunden, seinen Namen in aller Welt bekannt machten.

Persönlich lernte ich Bebel auf dem Einigungskongreß von 1875 kennen, und gerade sein Verhalten auf diesem Kongreß ist eines der größten Ruhmesblätter in seiner ganzen Tätigkeit. Fast kein Satz des damaligen Programms war ganz nach seinem Sinn. Aber die Einigkeit des deutschen Proletariats ging ihm über alle Bedenken. (Bravo!) Gleich am ersten Abend hielt er die begeistertste Rede, die jemals für die Einigung gehalten wurde. Das ist ein Beweis für seinen klaren Blick, ein Beweis dafür, daß er wußte, daß Einigkeit des Proletariats die Vorbedingung aller künftigen Siege ist. (Lebhafte Beifall.) Das Endziel des Sozialismus war es, worauf er immer hinarbeitete. Er trat er auch in der Agitation und bald nach der Vereinigung hielt er überall Reden, in denen die Grundzüge steckten, die er später im vierten Abschnitt seines Buches: „Die Frau und der Sozialismus“ niedergelegt hat. Aber niemals verlor er die Gegenwart aus dem Auge. Schon 1873 hat er in seiner Schrift über die Tätigkeit des Reichstages uns das beste Agitationsmaterial geliefert. 1876 war er es, der vorwiegend den Arbeiter-schulgesehntwurf ausgearbeitet hat, der 1894 wieder eingebracht wurde. 1879 forderte er bereits eine allgemeine Arbeiterversicherung. Seine Wirksamkeit im sächsischen Landtag war maßgebend für die ganze Politik und als 1879 die deutsche Sozialdemokratie unter dem Schandgesetze gefnebelt werden sollte, da war er es, der die Führung in der Hand hatte. Es war damals die Reigung vorhanden, die alte Taktik aufzugeben. Es wurde hingedrängt zum Putschismus. Man wollte so ungefähr die russischen Nihilisten sich zum Vorbild nehmen. Aber Bebel war es, der auf dem Kongreß zu Wpden dagegen Front machte und Wost und Haffelmann bekämpfte. Er war es, der jene Taktik empfahl, mit der die deutsche Sozialdemokratie nicht nur das Schandgesetz, sondern auch seine

Urheber überwunden hat. Die öffentliche Agitation war zu jener Zeit in den Reichstag verlegt und gerade Bebels Etatsreden waren die wirksamsten Agitationschriften gegen Polizeiwilktür und Klassenherrschaft. Es waren Programmeden, die ungehindert verbreitet werden konnten. Und so war er es, der damals den ganzen Agitationsstoff lieferte. Welche Rolle er in jenen Zeiten spielte, das bezeugen nicht nur die Kongresse von Wpden, Kopenhagen und St. Gallen, nein, auch die Affäre des Chemniger, Freiburger und Elberfelder Geheimbundprozesses. Mit dem ganzen Trost des Proletariats bot er der Reaktion die Stille und nie erlahmte er im Kampfe, bis das Schandgesetz gefallen war.

In jener Zeit wurde die Taktik der deutschen Sozialdemokratie zum Wegweiser für die Taktik der Sozialdemokratie aller Länder. Wollte ich auch nur einige seiner Anregungen herausgreifen, so würde viel Zeit erforderlich sein. Aber das will ich hervorheben, daß Bebel ein Realpolitiker im besten Sinne des Wortes gewesen ist. Wenn er auch fest daran glaubte, daß vielleicht schon in einem Jahrzehnt der Zukunftsstaat verwirklicht werden könnte, so wollte er doch nicht dulden, daß Unrecht und Not noch zehn Jahre weiter bestanden. Und für jede Verbesserung setzte er sein ganzes Können ein. Was Bebel in den 46 Jahren parlamentarischer Tätigkeit geleistet hat, ist eigentlich ein Stück Parteigeschichte. Bis zum letzten Atemzug hat er alle Kräfte eingesetzt, die Not der Leidenden zu lindern und die Unterdrückten zu befreien. Am 13. August schlossen sich die scharf blickenden Augen und der beredte Mund des großen Freiheitskämpfers, und heute vor vier Wochen verzehrte die Flamme die Reste seines Körpers.

August Bebel ist für uns nicht tot. Er lebt und kämpft weiter. Die Flamme der Begeisterung, die er in den Herzen des kämpfenden Proletariats angezündet hat, wird nie erlöschen. Das Proletariat schreitet fort auf der Bahn, die er uns geführt hat bis zum Siege. Wenn am Tage des Sieges die Proletarier aller Länder sich die Bruderhand reichen, dann werden sie willig die großen Verdienste dieses größten Taktikers anerkennen.

Parteigenossen! Sie haben sich von den Plätzen erhoben. Ich darf wohl in aller Namen konstatieren, daß damit nicht einer leeren Höflichkeitformel genügt werden sollte, sondern daß Sie dadurch gleichzeitig das Gelübnis abgelegt haben, im Sinne des Verstorbenen zu wirken, bis die letzte Schranke gefallen ist. (Stürmischer Beifall.)

Unsere Wegner glauben, daß die Partei sich nunmehr spalten und zerfallen werde. Das ist eine Hoffnung, die so all ist wie die Einigkeit der deutschen Sozialdemokratie. (Bravo!) Die Hoffnung könnte etwas für sich haben, wenn Bebels Entschlüsse keine Produkte seines Geistes gewesen wären. Aber sein persönliches Eigentum war doch nur sein warmes Herz für die Notleidenden, sein Gerechtigkeitsgefühl und sein Haß gegen jedes Unrecht und die gewaltige Wucht seiner Beredsamkeit. Alles dies hätte nichts genutzt, wenn es keine Not, keine Unterdrückung und kein Unrecht gegeben hätte. Da aber Not, Unrecht und Unterdrückung in aller Schärfe weiter bestehen, so sind auch die Voraussetzungen für die Einigkeit des Proletariats gegeben. Es gibt keinen in unseren Reihen, der nicht die Einigkeit des Proletariats für die erste Vorbedingung des Sieges hält. (Bravo!)

Das vergangene Jahr war angefüllt mit schweren Verbrechen an der Menschheit. Das Massengeworden wurde mit modernen Werkzeugen auf dem Balkan getrieben. Blühende Länder wurden verwüstet und Hunderttausende von Menschenleben vernichtet. Mehrfach bestand für die Großstaaten die Gefahr eines Krieges. Hunderttausende von Russen, Oesterreichern, Deutschen und Franzosen sollten hingeschlachtet werden, weil man sich nicht einigen konnte, ob ein Hafenplatz wie Durazzo albanisch oder montenegrinisch sein sollte. Die Kriegsgefahr haben die Militaristen und Imperialisten zu einer Küstungssteigerung benutzt wie noch nie in der Weltgeschichte. Die vorhergehenden Wirkungen dieses Rüstungswahns werden erst in Zukunft in Erscheinung treten. Je größer die Armee ist, um so unverstämter werden die Forderungen der Imperialisten zutage treten, die da glauben, in der Armee das Werkzeug zu haben und eine Politik zu betreiben, bei der sie die Taschen füllen können. Die Kriegsgefahr ist gesteigert, die Mittel zum Ausbau der Kultur werden für militärische Zwecke der Infanterie verschwendet. Die Kriegsgefahr kann nur gemildert werden, durch die schärfere Betonung der internationalen Solidarität der Proletarier aller Länder.

Auch die wirtschaftliche Lage stellt uns vor große Aufgaben. Wir leben in der Zeit der Krisen. Hunderttausende von Arbeitern werden brotlos, noch dazu in einer Zeit, wo sie sowieso schon unter der Leuerung zu leiden haben. Die Gewerkschaften werden vor schwere Aufgaben gestellt. Dazu kommt, daß die sozialpolitische Gesetzgebung in Deutschland stockt. Sie von neuem in Fluß zu bringen, wird eine der nächsten Aufgaben der Partei sein. Der Parteitag hat die Pflicht, alle diese Aktionen vorzubereiten und Waffen für die Agitation zu liefern. In der Hoffnung, daß es uns gelingen möge, die Erwartungen des Proletariats zu erfüllen, erkläre ich den Parteitag für eröffnet. (Stürmischer Beifall.)

### Der Parteitag konstituiert sich.

Cipinski-Leipzig: Der Parteiauschuß hat im Verein mit der Kontrollkommission und dem Parteivorstand beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, die Genossen Ebert und Bode-Gotha zu Vorsitzenden zu wählen. Genosse Haase ist leider durch Krankheit am Erscheinen verhindert. Den Genossen Bode schlagen wir deshalb vor, weil 50 Jahre verfloßen sind seit der Gründung der Partei und 38 Jahre seit dem Einigungskongreß in Gotha, dem Bode präsidentiert hat. — Die Vorschläge werden einstimmig angenommen.

Zu Schriftführern werden gewählt: Hanusch-Stettin, Lehmann-Nieder-Barnim, Rudolph-Jena, Frau Reiche-Begegnad, Husemann-Bochum, Kilia-Kassel, Dürr-München, Leutbold-Dresden und Weinheber-Hamburg.

In die Mandatprüfungskommission werden delegiert: Hürsing-Beuthen, Schadon-Cottbus, Frau Rahnner-Magdeburg, Wesemeyer-Göttingen, Deumann-Köln, Seel-Mainz, Großmann-Ilm, Graupe-Zwidau und Blume-Hamburg.

In die Beisitzerkommission werden gewählt: Gottschalk-Königsberg, Scholz-Neutölln, Paulig-Deffau, Kröger-Rostock, Frau Agnes-Düsseldorf, Hutter-Frankfurt a. M., Waier-Heidelberg, Hoffel-Leipzig und Rindfleisch-Kiel.







Kasse nach sich nicht mit Sicherheit schätzen. Es seien aber schon jetzt, nach den Feststellungen in Krankheitsfällen, mehr als 25 Prozent Mitglieder doppeltversichert. Die Notwendigkeit, die Beiträge in Krankheitsfällen durch eine zweite Kasse zu vermehren, bleibe aber auch in Zukunft bestehen. Die Doppelversicherung dürfte nach Einführung der allgemeinen Ortskrankenkasse in wesentlich verstärktem Umfange üblich werden. Um den Mitgliedern die Beibehaltung der Mitgliedschaft auch bei Arbeitslosigkeit usw. zu erleichtern, habe der Vorstand drei Beitragsklassen mit Wochenbeiträgen von 40, 30 und 20 Pfennig für die neue Form der Kasse vorgeschlagen und die Leistungen entsprechend abgestuft. Mit dem warmen Appell, gewissenhaft die Interessen aller Mitglieder zu wahren, ersuchte Bartel um die möglichst einstimmige Annahme des Vorstandsbeschlusses.

In der Debatte forderten die Herren Dulski, Ziemann, Münch und andere mit Ausführungen, die ihre tiefstehenden Beweggründe scharf verdeutlichen, die Auflösung der Kasse. Das wenigste, was die vorbrachten, zerfiel in nichts gegenüber der Tatsache, daß die zentralistische Krankenkasse Viktoria, die nicht einmal ein Drittel der Mitglieder der Treuen Selbsthilfe zählt, aus dem Dalles niemals herauskam und einen Reservefonds fast nur von Hörensagen kennt, bereits zur Zuschußkasse umgewandelt ist. Immer und immer wieder nahmen diese christlichen Praktiker, offenbar in bestimmter Absicht, das Wort. Ein Debattebeschluss, dem die Versammlung mit überreicher Mehrheit zustimmte, schloß die Auseinandersetzung mit überreicher Mehrheit ab. Mit der überwältigenden Mehrheit von 237 gegen 34 Stimmen wurde die Umwandlung in eine Zuschußkasse beschlossen und die Auflösung abgelehnt. Christlich organisierte Mitglieder sprachen ihre Benützung darüber aus, daß die Treiberer ihrer sogenannten Führer so eingeschoben zurückgewiesen waren. Der von seinen früheren sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern in einer so gemeinen Weise, daß sich die Rohheit unmöglich wiedergeben läßt. Mitglieder, die die Beschimpfung gehört hatten, zwangen ihn auf der Stelle dazu, die Tat zuzugeben.

Nach einer viertelstündigen Pause wurden die Verhandlungen unter verringertem Beisein fortgesetzt. In eingehender Beratung der einzelnen Paragraphen des neuen Statuts wurden alle Bestimmungen, mit einer einzigen Ausnahme, und das ganze Statut in der Gesamtsammlung, fast einstimmig angenommen. Die Beiträge wurden in drei Klassen auf wöchentlich 40, 30 und 20 Pfennig festgesetzt, wofür in gleicher Weise abgestuft ein wöchentliches Krankengeld von 12,25 Mark, 9,10 Mark und 6,30 Mark festgesetzt wurde. Das Sterbegeld soll ebenfalls Klassenweise im Höchstbetrage von 100, 75 und 50 Mark gezahlt werden. Die Mitglieder, die am 31. Dezember dieses Jahres der Kasse ein Jahr angehören, sollen ohne Einhaltung der beschlossenen Wartezeit das höchste Sterbegeld der Beitragsklasse, der sie angehören, erhalten. Den Mitgliedern, die zu diesem Termin länger als zehn Jahre zur Kasse gehören, bleibt ohne Rücksicht auf ihre Beitragsklasse der Anspruch auf 100 Mark Sterbegeld. Zu Publikationsorganen der Kasse wurden die **Danziger Neueste Nachrichten** und die **Volkswacht** bestimmt. Dagegen fand der Antrag des Vorstandes, auch das **Westpreussische Volksblatt** zuzulassen, entschiedenen Widerspruch. Er wurde gegen nur wenige Stimmen abgelehnt. Das neue Statut tritt am 1. Januar 1914, nach der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde, in Kraft. Bis dahin besteht die Kasse in der bisherigen Weise weiter.

### Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Danzig.

Nr. 36. Woche vom 31. August bis 6. September 1913.

#### 1. Geburten der Vorwoche.

	lebend	tot	überh.
männlich	35	—	35
weiblich	42	—	42
<b>zusammen</b>	<b>77</b>	<b>—</b>	<b>77</b>
darunter uneheliche	12	—	12
Mehrgelburt	—	—	—
0 Fälle mit	—	—	—

Die unehelichen Geburten sind 15,6%, die Totgeburten 0,0% der Gesamtzahl.

#### 2. Zahl der Eheschließungen 16.

#### 3. Sterbefälle (ohne Totgeburten):

	Männer	Frauen	überh.	darunter unter 15 Jahre
1. Kindbettfieber	—	—	—	—
2. Scharlach	—	—	—	—
3. Malaria und Malaria	—	—	—	—
4. Diphtherie und Krupp	—	—	—	—
5. Keuchhusten	—	—	—	—
6. Typhus	—	—	—	—
7. Tuberkulose	—	—	—	—
7a. Krebs	—	—	—	—
8. Krankheiten der Atmungsorgane (auschl. 4, 5, 7)	—	—	—	—
9. Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall	—	—	—	—
10. Gewalttätiger Tod	—	—	—	—
11. Alle übrigen Todesursachen	—	—	—	—
<b>zusammen</b>	<b>69</b>	<b>31</b>	<b>100</b>	<b>31</b>
darunter: männlich	35	16	51	16
weiblich	28	15	43	15

#### 4. Meldungen von Infektionskrankheiten:

Scharlach 4, Diphtherie und Krupp 9, Unterleibstypus —, Kindbettfieber —, Granulose —.

5. Fremde sind polizeilich gemeldet: insgesamt 1639, davon aus Rußland 49, Österreich 13, Japan 7, Amerika 6, Schweiz 3, Frankreich 2, England 2, Schweden 1.

#### 6. Polizeiliche Meldungen der Zu- und Fortzüge:

	männl.	weibl.	überhaupt	darunter einzellebende Personen
Umgezogene innerhalb der Stadt	408	404	812	177
Zugezogene von auswärts	200	169	369	154
Fortgezogene nach auswärts	386	307	693	277

Auf das Jahr und 1000 Einwohner berechnet betrug die Zahl d. Geborenen einschl. Totgeburt. 22,9 (Vorwoche 24,9) betrug die Zahl d. Sterbefälle einschl. Totgeburt. 18,7 (Vorwoche 19,9) betrug die Zahl der Eheschließungen 4,8 (Vorwoche 4,7).

### Zentrümliche Krankenkassenhege.

Die maßlose und entsetzlich niedrige zentrümliche Hege gegen die Sozialdemokratie zur Krankenkassenwahl ist einmal ein Ausfluß des bösen Bewusstseins der schwarzen Volksbetrüger; dann aber braucht man sich auch aus moralischen Gründen nicht darüber zu wundern. Als der Zentrumskampf zur Gewerbeträgerwahl die schmutzigsten Wogen trieb, behauptete das heilige Westpreussische Volksblatt, daß die Zentrumsleute stets anständig und gewissenhaft kämpften, weil sie ein Gewissen hätten und sich stets ihrer Verantwortung vor dem höchsten Richter bewußt wären. Man darf sich also über die rohen Ausschreitungen zentrümlicher Gottlosigkeit erst recht nicht mehr zu verwundern und versteht hiernach die Denunziationen des Schümmer, der in der Zentrumsversammlung am 5. September die infame Behauptung aufstellte, daß für die Sozialdemokratie die Krankenkassen in erster Linie nicht für die Kranken, sondern für andere Zwecke da wären. In der gleichen Versammlung, in der die zentrümschriftliche „Bewissenhaftigkeit“ diesen Triumph feierte, wurde noch eine zweite Großtat begangen.

Dort sprach und zwar als spezieller Sachverständiger, ein Herr Nögel, der als Schriftführer der zentrümlich geleiteten Krankenkasse Viktoria fungiert. Das zentrümliche Verwaltungstalent hat durch chronische Schwindelsucht diese Kasse dem unaufhaltsamen Niedergange zugeführt. Es ist also sehr verständlich, daß gewisse Leute mit schielen Augen die Ent-

wicklung der Krankenkasse Die treue Selbsthilfe verfolgten, die ganz andere Bahnen ging. Nögel fühlte sich also unaufhaltsam gedrängt, vor den Zentrumschäfflein mit dem Brüllton allerchärlichster Überzeugung die böse Treue Selbsthilfe zu kennzeichnen. Der Mann erzählte, ohne einen Augenblick trotz seines feinfaltigen Bewusstseins mit der Wimper zu zucken, daß die „rote“ Kasse ihre statutarischen Verpflichtungen nicht erfüllte und die Mitglieder durch das Statut lüschte. Eine Frau habe statt der statutarisch vorgesehenen 100 nur 70 Mark Sterbegeld erhalten. Er habe sie darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich nicht beklagen dürfe, weil im Statut mit kleiner Schrift, also schwer leserlich, die Einschränkung stehe, daß nicht mehr als 70 Mark gezahlt werden brauchten, wenn der Reservefonds die gesetzliche Höhe nicht erreicht habe. Dieser Enthüllung fügte der Brave und ehrlicher Entrüstung die Behauptung hinzu, daß die Treue Selbsthilfe noch niemals im Reservefonds den gesetzlich notwendigen Betrag gehabt habe. Und damit seine Zuhörer in die Echtheit dieser Räubergeschichten keinen Zweifel setzten, berief der Mann sich sogar darauf, daß er wegen dieser Sache mit dem Vorstande der Treuen Selbsthilfe schon einen Schriftwechsel gehabt habe.

Diese maßlose Dreistigkeit ermöglichte die Entlarvung des zentrümlichen Ehrenmannes. Dadurch konnte festgestellt werden, daß dieser ähnliche Verdächtigungen bereits im Juli des Jahres 1910 in einer Generalversammlung der Viktoria, die deren Schwindelsucht wieder einmal zu kurieren suchte, ausgesprochen hatte. Nur hatte er damals den Schwindel von der kleineren Schrift noch nicht entbedet. Zu seiner Behauptung von dem ungenügenden Reservefonds der Treuen Selbsthilfe sei festgestellt, daß dieser damals gesetzlich 112000 Mark betragen sollte, tatsächlich aber 121800 Mark enthielt. Nach der Feststellung der Verdächtigungen des Nögels wandte sich der Vorstand der Treuen Selbsthilfe mit einem Schreiben folgenden Inhalts an den Vorstand der Viktoria:

J.-Nr. 1828/10. Danzig, den 20. Juli 1910.

An den Vorstand der Krankenkasse „Viktoria“ hier.

Von Teilnehmern Ihrer am 17. Juli abgehaltenen Generalversammlung ist uns mitgeteilt, daß Ihr Schriftführer, Herr Nögel, bei der Verhandlung über die Erhöhung Ihres Reservefonds unter anderem erklärte: Die „Treue Selbsthilfe“ besitze ebenfalls nicht den gesetzlich erforderlichen Reservefonds. Sie habe deshalb einer Frau statt der statutarisch vorgesehenen 100 M. nur 70 M. Sterbegeld gezahlt.

Zur Sache selbst möchten wir bemerken, daß unser Reservefonds die gesetzliche Mindesthöhe, die hier allein in Frage steht, sogar noch überschritten hat. Über selbst wenn das nicht zutreffend sein sollte, so könnten wir deshalb selbstverständlich nicht das statutarische Sterbegeld nach Belieben kürzen. Die angeführten Behauptungen sind also in jeder Beziehung unrichtig.

Wir bitten Sie deshalb ergebenst um gefällige Mitteilung, ob Ihr Schriftführer sich tatsächlich in der uns mitgeteilten Weise geäußert hat? Sollte das wider Erwarten wirklich der Fall gewesen sein, so ersuchen wir zugleich um Mitteilung, in welcher Weise Sie jene Behauptungen zurückzunehmen und richtig zu stellen beabsichtigen.

Der Vorstand. Im Auftrage: A. Bartel.

Auf diese gewiß deutliche Anfrage erwiderte der zentrümsfromme Vorstand durch das folgende Schreiben, dessen Inhalt und Form gleich wunderbar sind:

Danzig, den 22. Juli 1910.

An den Vorstand der Krankenkasse Die treue Selbsthilfe hier.

Zum Schreiben vom 20. 7. 1910 teilen wir ergebenst mit, daß uns über die Ihnen zugegangenen Berichte, über Äußerungen der dortigen Kasse, welche von Seiten unseres Schriftführers Herrn Nögel gefallen sein sollten, uns nichts bekannt ist.

Achtungsvoll

Der Vorstand. J. A.: G. Benkert

Selbst preisgekrönte Rätsellöser werden vergeblich den Sinn dieser zentrümschriftlichen Antwort zu entziffern suchen. Der Vorstand der Treuen Selbsthilfe machte deshalb den Versuch, dem Nögel selbst die Zunge zu lösen. Er schickte ihm ein Schreiben des gleichen Inhaltes, wie es der Vorstand der Viktoria erhalten hatte. Darauf antwortete Nögel und zwar wie folgt:

Danzig, den 26. Juli 1910.

An den Vorstand der Krankenkasse „Die treue Selbsthilfe“ hier.

Antwortlich der Zuschrift vom 23. Juli 1910 betreffend Äußerungen die ich in unsere letzten Generalversammlung über die Krankenkasse Die treue Selbsthilfe gemacht haben soll, sind mir nicht bekannt.

Eine diesbezügliche Antwort ist im Auftrage des Vorstandes der oben bezeichneten Kasse (Viktoria) bereits am 22. d. Mts. ergangen.

Achtungsvoll

J. Nögel

Der Mut und die Intelligenz, die dieses würdige Schreiben auszeichnet, veranlaßten den Vorstand der Treuen Selbsthilfe, sich mit der Sache nicht weiter zu beschäftigen. Offenbar war er der Ansicht, daß Leute, die so feige kniefen, ihn unmöglich beleidigen könnten. Der Herr Nögel, der sich sowieso unüber-trefflich charaktervoll um seine Verantwortlichkeit drückte, besitz jetzt den „christlichen“ Mut, unter Berufung auf jenen, für ihn so rühmlichen Schriftwechsel die früheren Verleumdungen noch erweitert zu wiederholen! Und trotzdem hat das schwarze Leibblatt des Herrn die Stirn, jezt jeden Tag über die sozialdemokratische Heuchelei und moralische Minderwertigkeit zu jeteren.

### Ein charaktervolles Bündnis.

Die Schwarzen tun vor allen Wahlen so, als ob sie den Sieg schon in der Tasche hätten. Nachdem sie aber in Danzig in der letzten Zeit von den Wählern bei den verschiedensten Gelegenheiten an die Wand gedrückt wurden, verlassen sie sich auf ihre Großmütigkeit allein nicht mehr. Bei der Reichstagswahl fielen sie im schwarzblauen Bunde der Brotwucherer und Steuerplünderer kläglich ab. Bei der Gewerbeträgerwahl schickte speziell die Arbeiterschaft die zentrümschriftlichen Anhänger des Massenstreikbruchs gründlich heim. Bei der Landtagswahl erlitten die verbündeten Schwarzen und blauen Volksfeinde wieder eine kläglich Niederlage. Für die am Sonntag abgehaltene Wahl des Gesellenauschusses der Bauinnung wagten die starken zentrümlichen Arbeitergewerkschaften nicht einmal, eigene Kandidaten aufzustellen.

Bei der Wahl zum Ausschuß der Ortskrankenkasse sahen sich die Schwarzen deshalb nach Bundesgenossen um, mit deren Hilfe sie ihre „große Bedeutung“ nachweisen könnten. Selbst die Hirsch-Dunkerschen haben es abgelehnt, mit den zentrümlichen Quertreibern gemeinsame Sache zu machen und sich von ihnen über den Köffel barbieren zu lassen. Der soziale Ausschuß christlicher und nationaler Arbeitnehmerorganisationen, wie sich die Zentrumschriften für den Bauernfang zur Krankenkassenwahl nennen, hat aber doch einen Bundesgenossen gefunden. Sie haben Gnade gefunden bei der Geschäftsführerin Käthe Rohde von den Neuesten Nachrichten, die im Verbände kaufmännischer weiblicher Angestellter die entscheidende Rolle spielt

und auch Mitglied im Vorstande des freisinnigen Wahlvereins in Danzig ist. Mit Hilfe dieser Dame soll die schwarze Liste zugleich als die Liste der „Frauen“ erscheinen. Mit Hilfe der „Herrschafte“ sollen dafür auch die Dienstmädchen mobil gemacht werden. So eigentümlich das Bündnis einer freisinnigen Frauenrechtlerin mit den schwarzen Feinden der Frauenteile in der Arbeitervereinsorganisation auch scheint, so selbstverständlich ist es bei dem gemeinsamen maßlosen Haß der beiden Bundesgenossen gegen die Sozialdemokratie. Die schwarzen Denunziationen gegen die angebliche Gewaltpolitik der Sozialdemokratie bei Wahlen zu den Krankenkassen werden genügend befruchtet durch die Tätigkeit der Rohde bei den Wahlen zu der Ortskrankenkasse für Fabrik und Gewerbebetriebe und der für Geschäfts- und Handelsbetriebe. Zu den Wahlen für die Ortskrankenkasse für Fabrik- und Gewerbebetriebe mußten sämtliche Zeitungsträgerinnen der Firma Fuchs, deren Vorgesetzte die Rohde ist, antreten. Ohne Scheu wurde gedroht, daß diejenigen Frauen entlassen würden, die nicht oder „sozialdemokratisch“ wählten. Vor dem Wahllokal wurden den Frauen, die anbere als die Rohdeßen Stimmzettel hatten, diese gewaltsam entziffen. Ähnlich ging es bei den Wahlen zur Ortskrankenkasse für Handels- und Geschäftsbetriebe, die der Rohdeße Verein vollständig beherrschte, zu. Weinend haben sich Damen darüber beschwert, wie sie vor dem Wahllokal von den fanatisierten Anhängerinnen der Rohde behandelt wurden. Wegen der vorgekommenen skandalösen Machenschaften mußte sogar der Magistrat eine Wahl für ungültig erklären! Als dann bei einer folgenden Wahl die Mitglieder der Versicherungsabteilung während der Abstimmung der Mitglieder des Handelsgewerbes im Saale bleiben wollten, ließ die freihetlich-liberale Damenrechtlerin sie mit der Polizei gewaltsam entern! In den auf diese Weise von der Rohde beeinflussten beiden Ortskrankenkassen wurde denn auch das Selbstverwaltungsrecht der Mitglieder so gewahrt, daß der Vorhug an — Unternehmer abgegeben wurde.

Hiernach ist das Bündnis der gemeinsam Hassenden nur zu sehr verständlich. Die organisierte Arbeiterschaft muß aber gerade deshalb ihre ganze Kraft einsetzen, um die vereinigten Feinde zu werfen. Noch gilt es, viel Gleichgültigkeit zu überwinden und viele Lässige aufzurütteln. Es steht aber zuviel auf dem Spiele, um bei der Wahl zur allgemeinen Ortskrankenkasse gleichgültig zu sein. Erst nach vier Jahren findet wieder eine Wahl statt.

Bei der Verhältniswahl fällt jede Stimme entscheidend ins Gewicht. Darum arbeitet mit ganzer Kraft für den Sieg der Liste der freiorганиzierten Arbeiter, für die Liste III!

### Achtungsvoll. Am Freitag, den 12. September wurde

von den mit der Ueberdachung des Pfandgrabens beschäftigten Arbeitern eine Abordnung vorstellig, um eine größere Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften zu erzielen. Am Sonnabend, den 13. September wurde die Kommission entsandt. Am Montag, den 15. September stürzte ein Arbeiter ab und wurde schwer verletzt nach dem Krankenhause gebracht. Dort ist er am Abend des gleichen Tages gestorben.

**Schwarze „Wahrheitsliebe“.** Die Schimpfkanonaden des Westpreussischen Volksblattes anlässlich unseres Artikels „Herr Schümmer und die Wahrheit“ beleuchteten wir in der letzten Nummer in zwei Artikeln. Der eine wies die gegen die „Treue Selbsthilfe“ erhobenen Vorwürfe zurück. Der andere mit der Spitzmarke: **Der Kaze die Schelle umgehängt** ging speziell auf die Ausführungen des Westpreussischen Volksblattes zu unserem Schümmerartikel ein.

Mit keinem Wort hat die schwarze Zeitung auf den Artikel **„Der Kaze die Schelle umgehängt“** geantwortet. Dagegen schreibt sie in ihrer Nummer 213:

„Wir haben das Nötige in zwei Artikeln schon dazu gesagt. Am ersten Artikel geht die „Volkswacht“ stillschweigend vorbei. Nur auf den zweiten, der sich mit der von den Sozialdemokraten verwalteten Krankenkasse „Treue Selbsthilfe“ beschäftigte, antwortet sie in ihrer Nr. 75 vom 13. September.“

Also nicht nur unsere Antwort, sondern schon die Tatsache, daß wir geantwortet haben, muß das Westpreussische Volksblatt seinen Lesern unterschlagen, um sich einigermassen einen respektablen Abgang zu sichern. Großmütigkeit gepaart mit Feigheit!

Einen Schimpfartikel gegen die Volkswacht brachte die Danziger Allgemeine Zeitung in ihrer Montagsausgabe. Raummanqels halber mußten wir unsere Entgegnung bis zur nächsten Nummer zurückstellen.

**Gesellenauschuwahl.** Am Sonntag, den 14. September fanden die Ersatzwahlen zum Gesellenauschuwahl der Danziger Bauinnung statt. Bei den bisherigen Wahlen machten die christlichen Gewerkschaften stets die größten Anstrengungen, ihren Kandidaten den Sieg zu sichern. Diesmal verzichteten sie dagegen überhaupt auf die Aufstellung von Kandidaten. Für die Liste der freien Gewerkschaften wurden 438 Stimmen abgegeben. Damit waren die Vorgesetzten einstimmig gewählt.

Der Danziger Schichauwerft gab der Norddeutsche Lloyd den Bauauftrag für einen Passagier- und Frachtdampfer in der Größe von 25 000 Tons.

### Eibing-Marienburg.

#### Die Beschlagnahme des Arbeitslohnes.

Die Notwendigkeit, dem Lohnarbeiter den Anspruch auf sein einziges Einkommen, den Arbeitslohn ungeschmälert zu erhalten, hat die Gesetzgebung anerkannt. Sie hat versucht, diese Unerlässlichkeit durch eine Reihe von Vorschriften im Lohnbeschlagnahmengesetz, Bürgerlichen Gesetzbuch usw. festzulegen. Gegenwärtig ist Lohn und Gehalt aus einem Arbeitsverhältnis, das die Erwerbstätigkeit vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nimmt, im allgemeinen der Pfändung und der Uebertragung, Abtretung usw. entzogen. Diese Regel ist aber mehrfach durchbrochen. Die Pfändung ist bis zur vollen Höhe der Bezüge für die Unterhaltsansprüche der Verwandten, der Ehefrau und der geschiedenen Frau zulässig, soweit diese Ansprüche für die Zeit nach Erhebung der Klage und für das der Erhebung vorangegangene Vierteljahr bestehen. Die Pfändung ist weiter bis zur vollen Höhe der Bezüge „ässig für direkte persönliche Staats- und Gemeindesteuern, sowie für Kreis-, Kirchen- und Schulabgaben, die noch nicht länger als drei Wochen fällig sind. Für die Unterhaltsansprüche eines unehelichen Kindes ist die Pfändung insoweit zulässig, als der Schuldner ihrer nicht ist die Pfändung seines notwendigen Unterhalts bedarf. Die Pfändung des Ueberflusses über den Jahresbetrag von 1500 Mark ist für Forderungen jeden Rechtsgrundes zulässig.

Diese Bestimmungen sind jedenfalls für die gegen Gehalt und Lohn beschäftigten Personen noch sehr ungenügend. Seit Jahren ist deshalb auch das Bestreben nach einer Aenderung der Vorschriften vorhanden. — Die Generalkommission der Gewerkschaften hat bei den Vorständen der ihr angeschlossenen Zentralverbände und den Arbeitersekretariaten eine Erhebung veranstaltet, die nach



den Wünschen und Vorschriften zu einer Abänderung des Nachbeschlagnahmegesetzes fragte. Für die Erhöhung der pfandfreien Summe von 1500 Mark sprechen sich 105 der Befragten aus. 9 wünschen nur eine Erhöhung für Verheiratete, und hält eine Erhöhung nicht für notwendig. Die Berücksichtigung des Familienstandes des Schuldners und seiner Kinderzahl bei Bemessung der pfandfreien Summe wird in 94 Fällen gewünscht; 91 Antworten befürworten Unzulässigkeiten, die sich aus der unbefristeten Pfändung des Lohnes für Unterhaltsansprüche der Ehefrau und Kinder ergeben haben; 79 Antworten wollen das Privileg der Steuerforderungen befristet haben.

Die Frage steht auch auf der Tagesordnung der Verbandversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die vom 18. bis 20. September in Leipzig stattfinden, und sie ist deshalb inzwischen in der einschlägigen Fachliteratur in der letzten Zeit lebhaft diskutiert worden. Joh. Heiden (Frankfurt am Main) schlägt vor, die Teuerungsoverhältnisse am Wohnort des Schuldners und die Zahl seiner Unterhaltsberechtigten bei der Festsetzung der Unpfändbarkeitsgrenze zu berücksichtigen. Dr. Vederer (Heidelberg) will neben einer absoluten allgemeinen Gehaltsgrenze (vielleicht von 1500 oder 2000 Mark) den darüber hinausgehenden Betrag nur teilweise vom Zugriff der Gläubiger befreien. Der Verband der Waren- und Kaufhäuser will die pfandfreie Summe je nach der Höhe des Gesamteinkommens belassen. Bis zum Einkommen von 3000 Mark soll sie 1500 Mark betragen, bei 3000—6000 Mark 1800 Mark usw. Der Verband der Berliner Spezialgeschäfte will zwar auch die Grenze von 1500 Mark beibehalten wissen, aber die überschreitenden Summen nur teilweise, je nach dem Gesamteinkommen angegriffen sehen. Der Bund technisch-industrieller Beamter will es dem richterlichen Ermessen überlassen, was bei einem Einkommen über 2000 Mark beschlagnahmt werden kann. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen will die Unpfändbarkeitsgrenze auf 2000 Mark festgesetzt haben und den überschreitenden Bedarf zu einem Drittel für die Pfändung freigeben.

Der Reichstag hat sich aus Anlaß von Anträgen und Petitionen schon mehrfach mit der Angelegenheit beschäftigt. Aus seinen Beschlüssen geht hervor, daß er einer Aenderung des in Frage kommenden Gesetzes nicht abgeneigt ist. Ob und wann die Regierung darauf eingehen will, steht noch dahin.

Schlachthaus Reich wächst. Eine große Montagehalle läßt die Firma Schlachthaus an der Waasstraße errichten. Das Gebäude wird zirka 150 Meter lang und erhält auch sonst so kolossale Abmessungen, daß es eines der größten, vielleicht das größte, von Bauwerken dieser Art in Deutschland werden dürfte. Für alles hat diese Welt. Nur nicht um seine Arbeiter auskömmlich zu bezahlen.

In der Schröterischen Molkerei in Weingarten traf ein Fahrer die Arbeiterin Anna Gerlach am Kopf. Schwer verletzt mußte die Verunglückte in das städtische Krankenhaus gebracht werden.

Ver schwunden war seit mehreren Tagen der Baussekretär Bomke aus Marienburg. Wie ein Telegramm aus Tegel bei Berlin jetzt meldet, ist der Vermißte dort als Leiche gefunden worden.

Alleweil fidel... Die Marienburger Zeitung berichtete am Freitag aus Neuteich: „Weil er im Dienste zu viel Alkohol zu sich genommen hatte und den Anordnungen seines Vorgesetzten nicht Folge gab, wurde gestern mittag der Stadtwachmeister Meyer auf Anordnung der Polizeiverwaltung auf dem Markte verhaftet und heute seines Dienstes enthoben.“ Das muß pugig aus gesehen haben, als der Herr Stadtwachmeister im Prison aufwachte und merkte, daß er diesmal eingesperrt sei.

Etwas, das sich lohnt. Ein vier Zentner schweres Schwein stahlen in einer der letzten Nächte unbekannt Personen dem Mörtelbühler Gröbe in Kleinfendorf. Außerdem ließen die Diebe eine Anzahl Käse mitgehen. Mit einem Polizeihunde wurde die Spur bis in die Nähe von Hoppenbruch verfolgt. Ermittelt konnte jedoch niemand werden.

### Danzig-Land.

Der Kreisaußschuß des Kreises Danziger Höhe hat der Eingemeindung von Schellmühl nach Danzig gegen eine einmalige Abfindung von 350 000 Mark zugestimmt. Schellmühl verlangt ein Steuerprivileg auf die Dauer von 15 Jahren für

sich. Kommenden Freitag gelangt die Eingemeindungsfrage in der Danziger Stadtverordneten-Versammlung, am Tage darauf auf dem Kreistag zur Verhandlung.

Der Amtsbergmann K. in Odra erhielt einen polizeilichen Strafbefehl über 5 Mark, weil er in Poppel ruhestörenden Lärm verübt hatte.

### Stuhm-Marienwerder.

Der Ueberfall eines Kutschers erfolgte auf der Chaussee unweit Rehthof. Ein betrunkenen Mann hielt dort das Fuhrwerk des Besitzers Diebig, Rudnerweide, an und verlangte mitgenommen zu werden. Der Kutscher weigerte sich. Darauf riß der Betrunkene den Kutscher vom Wagen und verletzete ihn durch mehrere Messerstiche so schwer, daß der Mann besinnungslos im Graben liegen blieb. Der Missetäter ist unerkannt entkommen.

Die Hauptsache. Wir lesen in der bürgerlichen Presse: Garnsee, 11. September. Zum Bürgermeister wurde in der Stadtverordnetenversammlung der Leutnant der Reserve Kraak-Strasburg (Westpr.) gewählt.

Gottleidank! er ist Reserveleutnant! Das ist die Hauptsache. Achtung aufs Kommando, ihr Herren Stadtväter! Schmuntzel Exbürgermeister Nicolai im Hintergrunde.

Verhaftung. In Marese wurden in der Nacht zu Sonntag die beiden wegen Sittlichkeitsverbrechens steckbrieflich verfolgten Arbeiter Schinighi und Danielewski verhaftet.

### Rosenberg-Löbau.

Sie haben die Nase voll. Der Magistrat von Di. Eylau beantragte bei den Stadtverordneten die Bewilligung von 300 Mark zu Zwecken der bürgerlichen Jugendpflege. Die Stadtverordneten indes erklärten sich mehr oder weniger scharf gegen den Antrag. Erklärten sie ihnen, der Stadtverordnete Bahl, meinte sogar, die Jugendlichen würden durch diese Jugendpflege nur vermauert. Der Antrag des Magistrats wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

### Graudenz-Strasburg.

Vom Kessel zerdrückt. In der Maschinenfabrik G. Nauerschütz in Strasburg stürzte ein zwanzig Zentner schwerer Dampfkessel auf den mit Nietarbeiten beschäftigten Schmied Ring. Dem Verunglückten wurde der Brustkasten eingedrückt und mehrere Rippen gebrochen. Man brachte ihn in hoffnungslosem Zustande in das Lazarett.

### Thorn-Kulm-Briesen.

Ein Offizier als Urkundenfälscher. Aus Thorn wird gemeldet: Der kürzlich wegen Wechselfälschung verhaftete Leutnant Kreisamer vom 176. Infanterieregiment wurde vom Kriegsgericht der 37. Division wegen Fahnenflucht, schwerer Urkundenfälschung in Verbindung mit verübtem Betrug zu drei Monaten 14 Tagen Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt. Die Verhandlung fand wegen jogen Befähigung der militärischen Disziplin unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Kreisamer wurde bereits im vorigen Monat wegen Erstattung einer falschen dienstlichen Meldung kriegsgerichtlich mit fünf Wochen verschärftem Stubenarrest bestraft.

Das konservativ-ostmärkische Karnickel-Ideal. In der Thorer Presse las man vor einigen Tagen folgende „erhebende“ Notiz: „Erstlich für jeden Patrioten war der Weichener Standesbericht der vorigen Woche. Dieser verzeichnet in den Tagen vom 10. bis 16. August 13 Geburten, darunter 11 Knaben! Dieser kräftige Zuwachs für die neuen Armeekorps ist aber noch nicht, was wir meinen; das erfreulichste am Bericht — wenigstens für die Fernstehenden — ist vielmehr, daß eine deutsche Familie daran mit drei Kindern beteiligt ist. Dem Schmied Studer sind nämlich Drillings-, und zwar drei Knaben, geboren worden. Bisher waren Drillingsgeburten in Mocker nur in polnischen Familien zu verzeichnen, jetzt ist es ein deutscher Schmied, der noch dazu mit drei Söhnen auftritt und den Beweis liefert, daß deutsche Zeugungskraft noch vorhanden. Einer von ihnen ist allerdings gestorben, aber zwei, stramme Jungen, leben. Hier wäre wohl eine Ostmarkenzulage am Platze, die hoffentlich in irgend einer Form zu ermöglichen ist.“

Der Reichstanzler Bülow, der bekanntlich einmal beklagt hat, daß die deutsche Zeugungskraft in der Ostmark nicht mit der polnischen „Karnickel“-Zermehrung Schritt halten könne, ist durch den „thüringischen“ Schmied von Mocker glänzend widerlegt. Heil ihm, der die deutsche Fahne so kräftig schwingt!

Der Nachwächter und der Schuldner von Culmsee. Einen Blick in die „Beamtenfreundlichkeit“ des Magistrats von Culmsee eröffnet seine Ausschreibung der Nachwächter- und der Schuldnerstelle. Der Nachwächter erhält ein Anfangsgehalt von 560 Mark jährlich. Dazu 100 Mark Wohnungsgeld. Alle drei Jahre gibt es 50 Mark Zulage, bis nach 18 Jahren Dienstzeit das Höchstgehalt von 860 Mark erreicht wird. Eine glänzende Stellung, die des Nachwächters von Culmsee! Der Schuldner, der an der katholischen Schule tätig sein soll, braucht den Hungerriemen um ein Loch weniger zuzuziehen, als der Nachwächter. Der Schuldner erhält nämlich außer freier Wohnung 720 Mark jährliches Anfangsgehalt. Sein Höchstgehalt, das er nach 12 Jahren erlangt, beträgt 900 Mark. Der Magistrat von Culmsee verlangt jedoch, daß die Leute, denen er diese fetten Pfründen zugedacht hat, Militäranwärter sind. Und die bürgerliche Presse hat für diese „Stellenausschreibung“ nicht ein Wort der Kritik übrig!

### Humor und Satire.

Leider nein. Dame (zum Afrikaforscher): „Und war es Ihnen nicht möglich, Ihren armen Freund aus den Händen der Kannibalen zu befreien?“ — Afrikareisender: „Leider nein. Als ich auf der Szene erschien, war mein unglücklicher Freund schon wieder von der Speisefarte gestrichen.“

Deutsche Bürger. „Morgen schlachten wir unser Schwein. Wären Euer Hoheit huldvollst geneigt, das Protektorat für dies Schlachtfest zu übernehmen?“

Der Wissenschaftler. „Sagen Sie mal, gute Frau, haben Sie auch wirklich die echten Trint-, Land- und Bauernreier?“ — „Na, schener Herr, das san bloß Hühnerreier!“

### Aus der Arbeiterbewegung.

Der achte Bezirk (Niederstadt) hält am heutigen Abende im Vereinslokal seine Mitgliederversammlung ab. Zur Verhandlung gelangt ein kulturgeschichtliches Thema: Im Schatten des Krummstabes. Referent ist Genosse Loops. Gäste willkommen. Die Bezirksleitung.



**DUCK CIGARETTES**  
Die neue 3 Pfg. Qualitäts Cigarette  
mit Goldmundst. mit hohlrundem stauch  
GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Danzig.  
Am 15. September d. Js. verstarb unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Ferdinand Radtkowski**  
infolge eines Unfalles.  
Ehre seinem Andenken.  
Der Tag der Beerdigung wird noch bekannt gegeben.  
Die Ortsverwaltung.



Hüte, Mützen, Stöcke, Krawatten, Wäsche in reicher Auswahl zu bekannt sehr billigen Preisen.  
**Huthaus London**  
nur II. Damm 10.

**Central-Theater**  
Nur Brückstrasse 15.  
Ohne Konkurrenz ist das neue Schlagerprogramm.  
**Auf vulkanisch. Erde**  
Großes Drama in 2 Akten.  
Wenn die Not am grössten  
Erschütterndes Drama, gespielt von nordischen Künstlern in 2 Akten.  
Liebeskummer. Nanne im Druck  
Der Lohndiener usw. usw.  
Von Donnerstag bis Sonntag:  
**Der lebende Tote.**  
Die Direktion.

**Karl Kautsky: Der Weg zur Macht.**  
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

**An unsere Leser!**  
Wir bitten genau zu beachten, welche Geschäftsleute bei uns inserieren und alle die zu meiden, die ihre politische Gegnerschaft auf das Geschäftsleben übertragen.

**Geschäftseröffnung.**  
Meinen werten Freunden und Bekannten die gefällige Nachricht, daß ich am Sonnabend, den 19. September, in Langfuhr, Hauptstrasse 43 ein  
**Barbier- und Frisier-Geschäft**  
eröffne. Um geneigte Unterstützung bitte:  
Emil Quitnewski.

**Ausgekämmte Haare**  
kauft **Wienhold**, Langfuhr, Brunshöferweg 24.  
Wohnung, gr. Zimmer, Küche Keller u. Boden f. 12 Mk. sofort zu verm. Näheres Thoms, Raminshenberg 9.  
Frdl. Kellerwohnung, 2 Stuben, gr. Küche f. 23 Mk. sof. zu vermiet. An der gr. Mühle Nr. 1a, part.  
**Friseur Wienhold**, Langf., Brunshöferweg 24.

**Der Neue Weltkalender für 1914**  
40 Pfg. **ist eingetroffen!** 40 Pfg.  
Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.**